

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 83.

Mittwoch, den 10. April 1907.

14. Jahrg.

## Ignaz Auer \*

Eine schmerzliche Kunde kommt jedoch aus Berlin. Genosse Ignaz Auer starb heute früh um 4 Uhr infolge eines Schlaganfalls. Bereits am gestrigen Tage erlitt er einen Schlaganfall, der eine linksseitige Lähmung herbeiführte und ihn seines Bewußtseins beraubte. Heute morgen hat ihn nun der Tod von seinem Leiden erlöst.

Genosse Auer war bekanntlich seit einer längeren Reihe von Jahren leidend, dennoch aber gab er die Hoffnung auf völlige Besserung und Genesung nicht auf. Diese Hoffnung ließ ihn die schweren Schmerzen, die er empfand, leichter ertragen. Leider ist sein noch auf dem Mannheimer Parteitag zu verschiedenen Genossen geäußertes Wunsch, daß er noch einmal als völlig gesunder Mann unter uns weilen könne, nicht in Erfüllung gegangen.

Genosse Auer wurde am 19. April 1846 in Dommestadt bei Baisau als Sohn eines Sattlers geboren. Nachdem er die Volksschule besucht hatte, erlernte er den Beruf seines Vaters und bereiste als Geselle Deutschland und Österreich. Schon früh schloß er sich der Partei, sowie seiner Gewerkschaft an. Und welches Vertrauen er unter seinen Kollegen genoss, das beweist der Umstand, daß er während der Jahre 1872 und 1873 zum Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Sattlervereins berufen wurde. Von 1874 bis 1877 diente er der Partei als Sekretär in Hamburg, nachdem er 1874 auf Grund des sogenannten sächsischen Heimatgesetzes aus Dresden ausgewiesen worden war. In den Jahren 1877/78 war er Redakteur der „Berliner freien Presse“, dann bis 1881 Redakteur der „Hamb. Betriebsz.“. Nachdem er 1878 auf Grund des Schandgesetzes aus Berlin und 1880 aus Hamburg-Altona ausgewiesen worden war, ging er 1884 nach München, wo er als Parteisekretär fungierte. 1887 erlitt ihn noch einmal das Schicksal der Ausweisung und zwar in Harburg. So mußte unser braver Genosse seine Ueberzeugung wegen von Ort zu Ort, von Land zu Land wandern, nirgends konnte er eine bleibende Stätte finden.

Welches Vertrauen dem Verschiedenen auch die Partei entgegenbrachte, geht daraus hervor, daß sie ihm einen der höchsten Ehrenposten, den sie zu vergeben hat, übertrug: den Posten eines Sekretärs im Parteivorstand. Dem Reichstage gehörte Genosse Auer während der Jahre 1877/78, 80/81, 84/87 und seit 1890 an. Seine Fraktionskollegen ehrten ihn durch Berufung in den Fraktionsvorstand.

Nun hat unser braver Genosse, der sein ganzes Leben in den Dienst der Partei stellte, die Augen für immer geschlossen! Verstummt ist sein einst so berebter Mund!

Mit seiner Frau und seinen Verwandten steht die ganze Parteigenossenschaft nicht nur Deutschlands, sondern aller dem Sozialismus erschlossenen Länder trauernd an seiner Bahre. Was uns, was der Arbeiterbewegung Ignaz Auer gewesen ist, das wird zweifellos noch von berufener Seite eingehend behandelt werden.

Mit dem Schmerz, mit der Trauer um den Dahingegangenen aber wollen wir das Gelübnis verbinden:

In dem Sinne des Entschlafenen unermüdet weiter zu wirken, weiter zu kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Banden des Kapitalismus.

So ehrt das klassenbewußte Proletariat das Andenken seines Ignaz Auer!

## Die Schicksalswende des Freisinn.

Vom Gesichtswinkel Theodor Barth's aus gesehen, steht der deutsche Freisinn am Scheidewege. Gerade sein Einrücken in den Regierungsblock hat ihn vor die verhängnisvolle Alternative gestellt, entweder gleich dem Nationalliberalismus politisch völlig zu degenerieren oder aber nachdrücklicher als bisher seine liberalen und demokratischen Prinzipien zu vertreten. Wir haben ja kürzlich die taktischen Rückschläge wiedergegeben, die Herr Barth dem Freisinn erteilt. Statt durch ängstliches Kompromisseln mit Regierung und Konservativen ein paar bescheidene Konzessionen von der Reaktion zu erlöscheln, solle der Freisinn mit rücksichtsloser Entschiedenheit für liberale und demokratische Forderungen, nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen, eintreten und durch geschickte Ausnutzung der zurzeit im Zentrum vorhandenen Oppositionsstimmung dem politischen Fortschritt die Gasse zu bahnen versuchen. Gelingen es, daß Zentrum mit fortzureißen, so ermögliche die Situation die Durchführung energischer Wahlrechtsreformen. Versage das Zentrum, so sei es wenigstens möglich, ihm das demokratische Mantelchen von den Schultern zu reißen und es in seiner wirklichen reaktionären Mißgestalt an den Pranger zu stellen. Der entschiedene Liberalismus werde also in jedem Falle bei einer solchen Taktik gewinnen. Bescheide er sich dagegen mit der Rolle eines plattweisen nationalliberalisierenden Kompromisselns, so verschere er damit auch den Rest seines liberalen und demokratischen Nimbus, so gehe er jeder Anziehungskraft auf die breiten Massen der fortschrittlich gedachten Bevölkerung verlustig.

So Herr Theodor Barth über die Schicksalswende des Freisinn. Wir haben die von Barth empfohlene Taktik als die vom prinzipiell liberalen Standpunkt aus einzig richtige durchaus anerkannt. Wir haben aber zugleich keinen Zweifel darüber gelassen, daß der deutsche Freisinn gleichwohl diese Taktik nicht einschlagen dürfe.

Die Tendenzen und Entwicklungsmöglichkeiten unseres Liberalismus dürfen ja nicht nach den schönen Prinzipien beurteilt werden, mit denen er so gern hauffieren geht. Man hat vielmehr zu untersuchen, ob diese Prinzipien, die einer längst verjährten Vergangenheit angehören, auch wirklich noch den politischen und sozialen Interessen derjenigen Schichten entsprechen, denen die politische Leitung des Freisinn zuzufallen ist.

Den Kern des deutschen Freisinn bilden Kapitalisten und Mittelständler. Deren Interessen können wohl mit gewissen sozialen Interessen des Agrariertums stark kollidieren, nicht aber auch im gleichen Maße mit deren politischen Interessen. Die Hochschulzöklerei kann von den Vertretern des mobilen Kapitals und dem freisinnigen Bürgertum schmerzhaft genug empfunden werden — gleichwohl aber kann auch dieser Kern von der freisinnigen Truppe sehr vorzüglich einem etwaigen Entscheidungskampfe mit dem Agrariertum aus dem Wege gehen und ihm den entsetzlichen Weg des Kompromisselns vorziehen, weil er sich durch andere stärkere Interessenbande mit der agrarischen Reaktion verbunden fühlte. Ja, lägen die Dinge so, wie sie viele Jahrzehnte hindurch in England lagen und noch liegen: stelte der Sieg des parlamentarischen und demokratischen Systems der industriellen Kapitalistenklasse einen Sieg in Aussicht, den sie freudlos genießen könnte, so würde auch der deutsche Liberalismus entschiedener auftreten. In Deutschland aber hat die kapitalistische Klassenbewegung auch bereits in der kreisvollen, entschiedenen Klassenbewegung des Proletariats seinen Ausdruck gefunden. Ein Sieg des Parlamentarismus und der Demokratie würde im letzten Ende nicht dem Liberalismus, sondern dem sozialdemokratischen Proletariat zu gute kommen, und deshalb zieht es der deutsche Liberalismus vor, sich mit der agrarischen Reaktion selbst dann in die politische Klassenherrschaft zu teilen, wenn der weitestgrößere Vorteil auf Seiten der junkerlich beherrschten Regierung, des Junkertums und der verjunkteten Bürokratie liegt!

Das — sei es noch so würdevoll — Kompromiß mit der Reaktion sichert der liberalen Bourgeoisie wenigstens die kapitalistische Ausbeutung der heillosen Klasse, die politische und ökonomische Niederhaltung des Proletariats, an der sie in ihrer Art nicht minder interessiert ist, wie das Agrariertum an der Knebelung und Ausbeutung der ländlichen Heloten. Es sichert ihr das möglichst langsame Tempo der Sozialreform, einen Schutz gegen allzu unbedequate gewerkschaftliche Forderungen des organisierten

Durch die Annahme dieser von einem fürsorglichen Parteivorstand präparierten „prinzipiellen“ Wünsche hat strandetes Schiff wieder flott machen soll. Diesem Optimismus entsprang auch sein Unternehmen, auf dem

2. Delegiertentag des (freisinnig vereinigten) Wahlvereins der Liberalen“ den freisinnigen Kompromisspolitikern ins Gewissen zu reden. Er erlebte auch die Beugung, seine Ausführungen, die die naturwidrige konservativ-liberale Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen geißelten und wider seines ehemaligen, inzwischen treulos abgefallenen Kampfgenossen Naumann naive Illusionen polemisierten, mit „starkem Beifall“ belohnt zu sehen. Aber Herr Barth ist sicher selbst genug politischer Kontinier, um zu wissen, wie solch platonischer Achtungserfolg zu bewerten ist. Wann hätte jemals das Anschlagens prinzipieller Töne beim Liberalismus verjagt! Aber wenn Wilhelm „der Große“ einmal gesagt haben soll: „Heute jubelt sie (die Massen) mir zu und morgen wählen sie doch sozialdemokratisch“, so wird sich erst recht Herr Theodor Barth sagen, daß dieselben Leute, die ihm heute Beifall zollten, morgen doch den kompromittierenden Strenontönen der Herren Badnicker und Naumann folgen und mit den Odenburg-Baumhäuser und Herndt zusammen für die Blockpolitik der beiden Bernharde eintreten werden!

Der ganze Verlauf des Delegiertentages wird das Herrn Barth beweisen. Herr Potthoff behandelte das Thema „Liberalismus und Beamte“ und entlockte dadurch Herrn Tischendorfser den Stoffseufzer, daß man doch recht bald auch einmal das Thema „Liberalismus und Arbeiter“ behandeln möge. Herr Naumann empfahl zwar in seinem Referat über „Die nächsten Aufgaben des Liberalismus“ die liberale Initiative auf dem Gebiete der Sozialreform, aber er begeisterte sich doch in erster Linie für die famose Welt- und Kolonialpolitik.“ Das „Plebiszit“ der Neuwahlen habe bewiesen, daß die jetzige Kolonialpolitik keine Politik Wilhelms II., sondern eine „allgemeine nationale“ geworden sei. Ein „Plebiszit“, dessen Stimmenmehrheit gegen die Kolonialpolitik ausgefallen ist! Und das trotz der schamlosen Wahlmache der Regierung, trotz der standeslosen Tätigkeit des Flottenvereins und der Liebert-Garde des Reichslügenverbandes!

Nach Herr Naumann meinte übrigens, daß die augenblickliche Situation des Liberalismus, d. h. seine Blocküberdrehung, keine „Ewigkeitsituation“ sein werde. Der letzte große Kampf des Liberalismus werde unter allen Umständen gegen rechts gefochten werden. Ein Liberalismus, der in letzter Linie gegen links geführt werde, sei kein Liberalismus. Die schwierigste Probe des Liberalismus liege darin, daß er liberal bleibe. Immerhin sei zurzeit der aus der konservativ-liberalen Paarung zu erharrende „Sperling in der Hand“ der „Taube auf dem Dache“ des prinzipiellen Liberalismus vorzuziehen! Eine famose Vorbereitung auf den letzten unausbleiblichen Entscheidungskampf gegen die Reaktion, diese liberale Spagettjagd!

Das Ende vom Liede ist also der erneute Treueid zur Blocküberdrehung! Als häßliche dekorative liberale Verbrämung dieser reaktionären Bourgeoispolitik gelangte dann zuguterletzt folgender Antrag des Parteivorstandes zur Annahme:

1. dafür Sorge zu tragen, daß die Frage des parlamentarischen Regiments in der agitatorischen und literarischen Tätigkeit der Partei mehr als in den letzten Jahren betont wird.

2. dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten Delegiertentages gesetzt werden.

Die Reichstagsfraktion der freisinnigen Vereinigung wird erucht, dahin zu wirken, daß die Beratung des Antrages Abtag und Genossen betreffend Neuaufgrenzung der Wahlkreise und Sicherung des Wahlgheimnisses (Nr. 13) der Drucksachen des Reichstages mit allen parlamentarischen Mitteln möglichst bald, in jedem Falle aber im Laufe der gegenwärtigen Session erzwungen wird.

Der Delegiertentag betrachtet es als die wichtigste Aufgabe der Liberalen im preussischen Abgeordnetenhaus, mit allen Kräften immer aufs neue auf die Erzielung des preussischen Dreiklassenwahlrechtes durch das Reichstagswahlrecht hinzuwirken.

Die freisinnige Vereinigung im preussischen Abgeordnetenhaus wird erucht, in Gemeinschaft mit den beiden anderen liberalen Fraktionen dahin zu wirken:

1. daß der genossenschaftlichen, insbesondere der konjunktionslosen Arbeiterbewegung weder auf gesetzgeberischem (Umsatzsteuer) noch auf verwaltungsmäßigem (Verbot des Beitritts für Staatsangestellte) Wege Hindernisse bereitet werden.

2. daß die staatsbürgerliche Freiheit der Arbeiter und Angestellten in staatlichen Betrieben keinen unzeitgemäßen und unberechtigten Beschränkungen unterworfen werde.

Durch die Annahme dieser von einem fürsorglichen Parteivorstand präparierten „prinzipiellen“ Wünsche hat der freisinnig vereinigte Liberalismus also wieder einmal sein prinzipielles Gewissen salviert!

Die 100 000 Arbeiter der Hirsch-Dunker'schen Organisationen, die dem Freisinn aus politischer

Erörterungen eignen, sei nur hervorgehoben, daß die Einrichtung der Rednerschule vom kommenden Jahr ab eine erhebliche Ausdehnung erfahren soll, so zwar, daß durch wissenschaftlich gebildete Beamte des Reichsverbandes eine Art fliegender Rednerschulen eingerichtet werden soll. Auf diese Weise wird es möglich sein, eine große Zahl von Mitgliedern des Reichsverbandes in den betreffenden Ortsgruppen selbst zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie in Wort und Schrift zu schulen und ihnen die zum öffentlichen Auftreten nötigen politischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse zu verschaffen. Diejenigen Teilnehmer, die in diesen fliegenden Rednerschulen sich besonders hervortun, sollen dann zu einer weiteren Ausbildung nach Berlin geschickt und dort in der ständigen Rednerschule weiter ausgebildet werden. Auf diesem Wege hofft der Reichsverband für die Wahlen viele Hunderte von erfahrenen und gewandten Mitkämpfern zu gewinnen. Diese Mittelstellung ist ein Fingerzeig, in welcher Richtung unsere Partei ihre Bildungsarbeit mit besonderem Eifer zu betreiben hat. Wir hoffen, daß der Bildungsausschuß in Berlin recht bald mit entsprechenden Vorschlägen vor die Genossen treten wird.

**Eine Warnung vor der Auswanderung nach den Südstaaten von Nordamerika** erklärt die „New Yorker Volkszeitung“. Sie weist darauf hin, daß eine Anzahl Agenten nach Europa abgereist sei, um von hier Einwanderer, denen die Überfahrt bezahlt wird, nach dem Süden zu bringen. Welchem Schicksal diese kontraktlich importierten Einwanderer entgegengehen, schreibt unser Arbeiterorgan, zeigen die Enthüllungen, die die Untersuchungen des Bundeskommissärs Shields in New York zutage förderten. Die Eisenbahngesellschaften und die Standard Oil Company, die Holzhändler und die Leinwandfabriken . . . verbinden sich nach diesen Enthüllungen, um den weißen Arbeiter im Süden in einem Zustand tatsächlicher Sklaverei zu halten; denn, nicht nur der schwarze Arbeiter im Süden verachtet, sondern auch der Weiße, sobald er Arbeiter ist . . . Angesichts der geradezu grauenhaften Behandlung, der man, wie durch die Untersuchungen des Bundeskommissar Shields bewiesen ist, den weißen Arbeiter im Süden aussetzt, ist es dringende Pflicht aller Arbeiterblätter Europas, die dortigen Arbeiter zu warnen, den Lockungen der Staatsagenten Amerikas zu folgen und sich für den Süden dieses Landes anwerben zu lassen. . . . Es handelt sich bei dem jetzigen Vorgehen der Südstaaten um einen wohlwollenden allgemeinen Plan, an dem nicht ein einzelner Staat, sondern alle Südstaaten beteiligt sind. Wir haben schon geschilbert, daß Süd-Carolinas Agenten abgereist sind, um Textilarbeiter zu geringen Löhnen für die Baumwollfabriken jenes Staates anzuwerben. Jetzt wird aus Louisiana gemeldet, daß man dort in derselben Weise sich weiße Arbeitskräfte verschaffen will. Vor einigen Tagen wurde aus Baton Rouge gemeldet: Ein Plan, der darauf hinausläuft, die schwarzen Plantagenarbeiter von Louisiana durch staatlich importierte weiße Einwanderer von Europa zu ersetzen, wurde kürzlich durch Charles Schuler, dem staatlichen Einwanderungs- und Agrarkulturkommissar, bekanntgegeben. Dieser Plan entspringt der durch den Kongress neu geschaffenen Einwanderungsstation in New Orleans. Der Staat macht den Pflanzern von Louisiana den Vorschlag, Einwanderer im voraus und gegen einen bestimmten Lohn zu mieten, ohne daß sie damit das Arbeiterkontraktgesetz verletzen. — Man sieht, daß die Behörden in Louisiana mit ihrer Umgehung des Kontraktarbeitergesetzes noch weiter gehen, als die von Süd-Carolina. Für den letzteren Staat wurde mit Einwilligung von Präsident Roosevelt und seinen Staatssekretären vereinbart, daß der Staat zwar Kontraktarbeiter anwerben und auf seine Kosten herüberschaffen kann, aber nicht schriftlich versprechen dürfe, daß sie sofort nach Landung Arbeit erhalten würden. In Louisiana kümmert man sich auch um diese Auslegung des Gesetzes nicht. Der Staat erbietet sich dort ganz offen, unter direkter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen des Kontraktarbeitergesetzes, weiße Arbeiter zu importieren und sie den Pflanzern zu einem gewissen Preise zu liefern. Sklavenhandel von Staats wegen also!

**Erfolgreiche Eisenbahnerbewegung.** Die ungarische Südbahn bewilligte die Forderungen der Arbeiter und Unterbeamten zum größten Teil. Dadurch ist die Gefahr einer passiven Resistenz beseitigt.

**Sozialistenbekämpfung in Japan.** Die japanische sozialistische Partei wurde vom Minister des Innern als „gefährlich für die Erhaltung des Friedens im Lande“ aufgelöst. — Schon zu wiederholten Malen haben unsere japanischen Genossen die schwere Faust der Reaktion zu fühlen bekommen. Was sie mühsam aufbauten, wurde stets von neuem zerschmettert. Gerade in der letzten Zeit glaubten sie, bald etwas freier aufatmen zu können, und jetzt stehen sie wieder da, wo sie etwa während des Krieges mit Rußland standen. Daß die Brutalitäten der Regierung den Mut und die Energie unserer japanischen Genossen nicht zu beugen vermögen, dürfen wir nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres annehmen. Der Voranschritt des Sozialismus kann wohl verzögert, nicht aber aufgehalten werden.

**Ein Sozialist als Gouverneur.** Genosse Sydney Olivier wurde von der britischen Regierung zum Gouverneur von Jamaika ernannt. Er ist im Jahre 1869 geboren und studierte in Oxford, wo er sich als klassischer Philologe auszeichnete. Im Jahre 1882 trat er in das Kolonialministerium ein und bekleidete seitdem mehrere wichtige Posten in verschiedenen britischen Kolonien. Im Jahre 1897 sandte ihn die Regierung nach Washington, um über westindische Angelegenheiten mit der amerikanischen Regierung zu unterhandeln. Drei Jahre später ging er als Sekretär nach Jamaika, wo er auch einige Zeit als stellvertretender Gouverneur fungierte. Seit 1904 wohnte er in London. Als kürzlich der Gouverneur Swettenham, der sich während des Erhebens mit der Bevölkerung der Insel und mit dem amerikanischen Konteradmiral Davis überwarf, sein Amt niederlegte, wurde in allen Kreisen der Bevölkerung Jamaikas der Wunsch laut, Olivier zum Gouverneur zu haben. Die Regierung gab jetzt diesem Wunsch nach. Olivier ist Sozialist und gehört dem linken Flügel der Fabian Society an. Er hat manche gute sozialistischen Schriften geschrieben.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Soldaterpeiniger.** Ein umfangreicher Mißhandlungsprozeß beschäftigte das Oberkriegsgericht des Gardekorps in Berlin. Auf der Anklagebank saß der Unteroffizier Stanjea von der sechsten Kompagnie des fünften Garde-regiments. 49 Fälle von Mißhandlungen, teils schwerer, teils leichter Art und zwei Fälle vorchriftswidriger Behandlung Untergebener wurden ihm zur Last gelegt. Der Angeklagte ist 20 Jahre alt; es fiel ihm schwer, mit seinen Untergebenen, zumeist Rekruten, auszukommen. Häufig wurde er von seinem Vorgesetzten vor verammelter Mannschaft wegen ungenügender Ausbildung seiner Untergebenen gerügt. Er wollte nun mit Gewalt tüchtige Soldaten heranbilden, dabei scheute er nicht

vor dem Schlimmsten zurück. In roher und brutaler Weise vergriff er sich an den Rekruten, es dauerte nicht lange, so begann er die Mißhandlungen geradezu systematisch. Einige der Untergebenen hatten außerordentlich unter dem Vorgehen ihres Vorgesetzten zu leiden. Machten sie sich der kleinsten Versehen schuldig, so hatten sie oft brutale Mißhandlungen zu erdulden. Mit den Füßen stieß er ihnen vor den Unterleib und gegen die Schenkel. Mit dem Gewehrkolben schlug er seinen Opfern in das Gesicht, auch die Stiefel benutzte er zu seinen Ausschreitungen. Dem Grenadier Janz hatte der Angeklagte eines Tages den Auftrag gegeben, die Stiefel zu putzen. Diese waren dem Unteroffizier nicht blank genug, während schlug er so lange mit den Stiefeln dem Soldaten in das Gesicht, bis das Blut floß. Der Bedauernswerte mußte dann das Blut abwischen und die Stiefel noch einmal putzen. Der Vertreter der Anklage führte in seinem Plädoyer aus, daß es trotz aller Sorgfalt nicht möglich sei, die Mißhandlungen vollständig aus der Welt zu schaffen. Was aber unter allen Umständen vermieden und im Interesse der Dienstfreudigkeit der Mannschaften unterlassen werden müsse, seien die Auswüchse der rohen Mißhandlungen. Sie schädigten die Disziplin, der Untergebene verliere dadurch die Achtung vor dem Vorgesetzten und zeige nur noch Furcht. Er beantragte für die Einzelstrafen im ganzen zwei Jahre und sieben Monate und eine Gesamtstrafe von ein Jahr und sechs Monaten Gefängnis sowie Degradation. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und auf Degradation.

**Schwere Strafe.** Das Schöffengericht in Dortmund verurteilte den Bergmann Neumann, der bei Gelegenheit der letzten Wahlen in einer Versammlung als Redner den katholischen Pfarrer Krekler in Bracke beleidigt hatte, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

**Der Zuhälter als polizeilicher Vertrauensmann.** Der Ratticher Katholik Orgel erhielt von der Kölner Strafkammer sechs Monate Gefängnis, weil er die Prostituierte Josefine Hölcher ausnutzte. Ein Kriminalschuttmann befandete, daß Orgel die Sittenpolizei stets gute Dienste als Vertrauensmann geleistet habe.

**Und immer mehr Streikbrecher!** In Sachsen wird jetzt auch gegen die an einem Streik völlig unbeteiligten Leute, die mal einem Streikbrecher etwas Unangenehmes gesagt haben, im öffentlichen Interesse und auf Grund des § 153 der G.-O. Anklage erhoben und es erfolgt auch prompt die Verurteilung. In Chemnitz hatten sich nacheinander vier Personen, darunter ein Grundstücksbesitzer, dem die Streikbrecher unbefugt über sein Grundstück gelaufen waren, zu verantworten, weil sie dieselben Streikbrecher genannt hatten, obwohl sie mit dem bestreiten Betrieb und mit den Streikbrechern keine Beziehungen hatten. Der junge Anwalt glaubte entdeckt zu haben, daß es sich bei den Beleidigungen der Arbeitswilligen durch Unbeteiligte um einen neuen Trick der Streikenden handle, die andere vorsichteten, um sich vor Strafe zu schützen! Diesen Gedankengang erkannte das Gericht dadurch an, daß es auf Verurteilung bis zu drei Wochen Gefängnis erkannte, und zwar auf Grund des § 153 der G.-O.

## Aus Nah und Fern.

**Von einem Man erschlagen.** Der Mann Franz Schulz von der zweiten Eskadron des Thorer Mannen-Regiments hatte während des Manövers am Spätabend im Wolenschen Dorfe Radlin in einem Konflikt mit polnischen Arbeitern den 60-jährigen Jesdorzyk aus Stogaj mit einem Spaten erschlagen und dabei dessen Körper bestialisch zugerichtet. Er wurde seinerzeit vom Kriegsgericht aber freigesprochen, da dieses einen Zustand von Bewußtlosigkeit mit Ausschluß der freien Willensbestimmung angenommen hatte. In erneuter Verhandlung wurde Schulz vom Oberkriegsgericht unter Zustimmung mildernder Umstände zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

**Die Bluttat eines Zwölfjährigen.** Der 12 Jahre alte Sohn des Polizeibediener Max Hoff in Herzfeld bei Soest machte sich dieser Tage an einem Fischweib in der Lippe zu schaffen, das dem 17 Jahre alten Knecht Wulf gehörte. Als dieser den Knaben vertrieb, stieß der letzte aus Ärger hierüber dem Knecht das Taschenmesser in den Unterleib. Der Verletzte, dem die Schlagader durchschnitten worden war, konnte sich noch bis zu der in der Nähe gelegenen Wohnung seines Dienstherrn schleppen, wo er in Gegenwart seines auf Besuch gekommenen Vaters tot zusammenbrach.

**Vom anarchischen Kriegsschauplatz.** Der Anarchist Dr. Friedberg in Mannheim, der gelegentlich des Anarchistenkongresses festgenommen wurde, ist gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Wie die „Volksstimme“ meldet, wird der Reichstagsabgeordnete Dr. Franck wegen der Behandlung, die Dr. Friedberg im Gefängnis erfuhr, Beschwerde an das Justizministerium einreichen.

**Die Poppoter Polizeiaffäre,** die wir im November vorigen Jahres schilderten, scheint doch nicht ganz den normalen Verlauf zu nehmen, sondern, wenn auch reichlich spät, ihre Sühne finden zu sollen. Wie wir mitteilten, war der Täter M. am 26. November, von Danzig kommend, auf dem Poppoter Bahnhof von den Polizeigewaltigen Kupper und Kamin wegen einer ganz geringfügigen Schuldforderung, deren Zahlung er sowohl wie schon vorher seine Ehefrau anbot, verhaftet und in des Polizeigefängnis im Rathaus interniert worden. Erst am folgenden Tage, in dem Sonntage, abends, wurde er von dort furchtbar zugerichtet, mehr tot als lebendig entlassen. Zweifellos waren an dem im amtlichen Polizeiverleib völlig Wehrlosen schwere Verbrechen begangen worden. Rund sieben Wochen lang war M. bettlägerig krank, und heute noch ist er nicht wieder hergestellt. Er befindet sich noch in ärztlicher Behandlung. Auf seine Anzeige gegen die Polizeibeamten Kupper und Kamin und den Gefängnisbeamten Storck wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Mißbrauch der Amtsgewalt und schwere Beleidigung — man hatte ihn im Gefängnis unter anderem als „rotter Hund“ usw. tituliert — hat die Strafkammer I des Landgerichts Danzig gegen den Kamin und Storck das Hauptverfahren wegen Körperverletzung im Amte eröffnet. Gegen Kamin soll auch noch wegen der Beleidigung vorgegangen werden. Gegen den Kupper vorzugehen lehnte aber der Erste Staatsanwalt zu Danzig ab. Auch haben sich sämtliche Beamte nach seiner Ansicht der Freiheitsberaubung nicht schuldig gemacht, weil sie trotz der angebotenen Bezahlung angesichts des amtlichen Auftrages in gutem Glauben handelten! In der recht länglichen Untersuchung, die trotz der klaren Sachlage erst nach vollen vier Monaten zu diesem bescheidenen Resultat gelangte, spielte aber eine besonders bedeutende Rolle die Frage nach dem — Verfasser des Artikels über die barbarische Polizeiantalt! Was dieser Umstand mit der Auffassung der an M. begangenen Verbrechen zu tun haben soll, vermag unser beschränkter Untertanenverstand nicht zu ergründen. Einen vollständigen Beweis für den hohen Wert einer charakterfesten und unbeugsamen Presse möchten wir darin aber doch er-

blicken. Unmöglich ist natürlich zu sagen, daß die amtliche Neugier selbstverständlich nicht befriedigt wurde.

**Die Fahrt auf einer Eisfloße.** Infolge der Schneeschmelze in den Karpathen hat bereits der Eisgang auf der Weichsel und auf dem Sanflusse im Tarnobrzeger Bezirke begonnen. Zur Sprengung der gewaltigen Eisfloßen, die bei Tarnobrzeg das ganze Flußbett der Breite nach verlegten und die Brücken gefährdeten, mußten zahlreiche Bauern aus der Umgegend aufgeboten werden. Die Arbeiten leitete nach der „N. Fr. Pr.“ der Tarnobrzeger Bezirkshauptmann Graf Laffocki, der inmitten der Bauern auf der Eisbocke stand. Nachdem das Treibeis geprenzt worden war, geriet die Eisfloße, auf der sich der Bezirkshauptmann mit zwei Arbeitern befand, plötzlich in die Wasserströmung und wurde mit rasender Schnelligkeit fortgerissen. Da die Eisfloße immer weiter von Arbeitsplätze sich entfernte, gestattete sich die Lage für den Grafen Laffocki und dessen Begleiter sehr bedrohlich. Der Bezirkshauptmann bemühte sich während dieser unfreiwilligen Fahrt vergebens, durch Revolver schieße die Uferbevölkerung zur Hilfe herbeizurufen. Er legte auf dem Eisfahrzeuge eine Strecke von fünf Kilometern zurück. Erst nach zwei Stunden gelang es einem Rettungsboote, die Eisfloße einzuholen und den Bezirkshauptmann mit seinen beiden Leidensgenossen in Sicherheit zu bringen.

**Diebstähle von Kunstgegenständen.** Wie aus Köln berichtet wird, sind in der dortigen Kunsthandlung von Lampert umfangreiche Diebstähle wertvoller Objekte entdeckt worden. Ein Packer, der im Begriffe stand, sich selbständig zu machen, hatte eine Unmenge dieser Wertobjekte beiseite geschafft. Bei einem Althändler wurde eine Anzahl gestohlener Gegenstände vorgefunden. Packer und Händler sind verhaftet.

**Ein Millionen-Defraudant.** In Mailand ist ein hoher städtischer Beamter nach Verübung großer Unterschlagungen zum Schaden der Stadt flüchtig geworden. Es soll sich um Millionen handeln.

**Fideles Gefängnis.** Frau Johanne Degg, die wegen Totschlags zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt ist und diese Strafe in einem Gefängnis in Madama verbüßt, ist nach vielen anderen Versuchen, sich die Langeweile zu vertreiben, auf den Gedanken gekommen, in ihrer Zelle einen Telefonausgang einzurichten zu lassen. Da sie über reiche Mittel verfügt und Verbindungen mit einflussreichen Persönlichkeiten besitzt, geneigt sie — so berichten amerikanische Zeitungen — viele Privilegien; es ist ihr denn auch nicht schwer gefallen, ihren Wunsch nach einem Fernsprecher erfüllt zu sehen. Sie macht von dem Anschluß so eifrig Gebrauch, um mit ihren Fremden zu plaudern, daß die Beamten der Zentrale fortgesetzt mit der Verantwortung der Anrufe und mit der Ausführung der Verbindungen beschäftigt ist!

**Die Geheimnisse des Weinfeilers.** Folgende niedliche Geschichte, das mit der Person des durch sein energisches Vorgehen gegen die Weinfeiler bekannten pfälzischen Weinkontrollieurs Weiser verknüpft ist, wissen einige pfälzische Blätter zu erzählen: Auf einer Inspektionsreise kam dieser kürzlich in ein pfälzisches Weindorf, und die Kunde von dem Eintreffen des Vielgefürchteten durcheilte als Schreckensnachricht den ganzen Ort. Besonders ein wackerer Winzer war sehr erschrocken, so sehr, daß er sofort alle seine Fässer auslaufen ließ. Das Geschick wollte es aber, daß der Kontrolleur gerade auch diesen Winzer kontrollierte. Als er die viele Fässer sah, fragte er:

„Na, was ist denn hier los?“  
Der Winzer erwiderte:  
„Ja, Herr Kontrolleur, denken Sie bloß das Unglück: mein ganzer Keller steht voll Grundwasser.“

## Literarisches.

**Lebennächte der Friedrichstadt** betitelt sich der neueste Band der interessanten kulturgeschichtlichen Sammlung, die Hans Ostwald unter dem Titel „Großstadt-Dokumente“ bei Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW. 87 (Preis pro Band 1 Mk.) herausgibt. Der Band ist erschienen unter dem Pseudonym „Satyr.“ Wer Satyr ist, weiß in Berlin wohl jedermann, wenigstens alle, die irgendeine oder aus irgend einem Grunde den Kreisen der modernen Lebewelt Aufmerksamkeit entgegenbringen. Satyr ist ebenso bekannt als Lebemann wie als Schilderer der Lebewelt, und es ist wohl noch niemals das Berliner Nachtleben wie es sich auf der Friedrichstraße und in den Lokalen der Friedrichstadt alltäglich oder vielmehr allmächtig abspielt, so naturgetreu und in so echten realistischen Farben geschildert worden. Daß Satyr in all seinen Schilderungen nur Tatsächliches bietet, daß er jeden Vorgang, jede Person und jede Dürftigkeit mit dem richtigen Namen benennt, ist bekannt und ist ihm auch schon oft verübelt worden. Da aber das Ziel der Großstadt-Dokumente unverrückte Tatsachenschilderung ist, konnte für dieses Thema wohl kaum eine berufenerer Feder gefunden werden. Eine kleine Auslese von Kapitellüberschriften (Wassfälle, Bars und Bufets, Absteigequartiere und Chambre separées, Spieler und Schieber etc.) läßt schon erkennen, daß der Autor seinem Stoff in vollstem Umfange gerecht geworden ist.

„Von der neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Reichstagsreden. — Studien über soziale Ästhetik. Ueber Leben, Schönheit und Kunst. Von Henriette Roland-Holt. — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Mollenhuth. — Bekenntnisse eines ehemaligen Offiziers. Von Rudolf Krafft. — Landagitation. Von F. Starosson. — Literarische Rundschau: Rascadio Hearn, Jzumo. Von C. Korn. Napoleone Colajanni, Latini e Anglosassoni von D. L. J. Gaule, Kritik der Erfahrung vom Leben. Von A. E. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten u. Kolporteurs zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

## Humoristisches.

**Aus dem Gerichtssaal.** Vorjehender: „Ihre Frau beklagt sich über schlechte Behandlung!“ Angeklagter: „Ich wüßte nicht.“ — So sollen Sie vier Jahre kein Wort mit ihr gewechselt haben!“ Angeklagter: „Nur aus Höflichkeit!“ Ich wollte sie nicht unterbrechen!“

**Schwerer Rat.** Der Hölzerjupp kauft am Markt ein paar Eier. Um sie ganz sicher nach Hause zu bringen, steckt er sie in seinen Tabaksbeutel. Wies der tückische Zufall will, rutschte er am Heimweg aus und — die Eier sind futsch. „Sakra, sakra!“ sagt er, als er die Beschädigung sieht, „heißt weiß i' net, soll i' die Mischung rauch'n oder ess'n?“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: E. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 83.

Mittwoch, den 10. April 1907.

14. Jahrg.

## Ignaz Auer †

Eine schmerzliche Kunde kommt von Berlin. Genosse Ignaz Auer starb heute früh um 4 Uhr infolge eines Schlaganfalls. Bereits am gestrigen Tage erlitt er einen Schlaganfall, der eine linksseitige Lähmung herbeiführte und ihn seines Bewußtseins beraubte. Heute morgen hat ihn nun der Tod von seinem Leiden erlöst.

Genosse Auer war bekanntlich seit einer längeren Reihe von Jahren leidend, dennoch aber gab er die Hoffnung auf völlige Besserung und Genesung nicht auf. Diese Hoffnung ließ ihn die schweren Schmerzen, die er empfand, leichter ertragen. Leider ist sein noch auf dem Mannheimer Parteitag zu verschiedenen Genossen geäußertes Wunsch, daß er noch einmal als völlig gesunder Mann unter uns weilen könne, nicht in Erfüllung gegangen.

Genosse Auer wurde am 19. April 1846 in Dommelsdorf bei Passau als Sohn eines Sattlers geboren. Nachdem er die Volksschule besucht hatte, erlernte er den Beruf seines Vaters und bereiste als Geselle Deutschland und Österreich. Schon früh schloß er sich der Partei, sowie seiner Gewerkschaft an. Und welches Vertrauen er unter seinen Kollegen genoss, das beweist der Umstand, daß er während der Jahre 1872 und 1873 zum Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Sattlervereins berufen wurde. Von 1874 bis 1877 diente er der Partei als Sekretär in Hamburg, nachdem er 1874 auf Grund des sogenannten sächsischen Heimatgesetzes aus Dresden ausgewiesen worden war. In den Jahren 1877/78 war er Redakteur der „Berliner freien Presse“, dann bis 1881 Redakteur der „Hamb. Gerichtsztg.“. Nachdem er 1878 auf Grund des Schandgesetzes aus Berlin und 1880 aus Hamburg-Altona ausgewiesen worden war, ging er 1884 nach München, wo er als Parteisekretär fungierte. 1887 erlitt er noch einmal das Schicksal der Ausweisung und zwar in Harburg. So mußte unser braver Genosse seine Arbeitsergebnisse wegen von Ort zu Ort, von Land zu Land wandern, nirgends konnte er eine bleibende Stätte finden.

Welches Vertrauen dem Verschiedenen auch die Partei entgegenbrachte, geht daraus hervor, daß sie ihm einen der höchsten Ehrenposten, den sie zu vergeben hat, übertrug: den Posten eines Sekretärs im Parteivorstand. Dem Reichstage gehörte Genosse Auer während der Jahre 1877/78, 80/81, 84/87 und seit 1890 an. Seine Fraktionskollegen ehrten ihn durch Berufung in den Fraktionsvorstand.

Nun hat unser braver Genosse, der sein ganzes Leben in den Dienst der Partei stellte, die Augen für immer geschlossen! Verstummt ist sein einst so beredter Mund!

Mit seiner Frau und seinen Verwandten steht die ganze Parteigenossenschaft nicht nur Deutschlands, sondern aller dem Sozialismus erschlossenen Länder trauernd an seiner Bahre. Was uns, was der Arbeiterbewegung Ignaz Auer gewesen ist, das wird zweifellos noch von berufener Seite eingehend behandelt werden.

Mit dem Schmerz, mit der Trauer um den Dahingegangenen aber wollen wir das Gelübnis verbinden:

In dem Sinne des Entschlafenen unermüdet weiter zu wirken, weiter zu kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Banden des Kapitalismus.

So ehrt das klassenbewußte Proletariat das Andenken seines Ignaz Auer!

## Die Schicksalswende des Freisinn.

Vom Gesichtswinkel Theodor Barth's aus gesehen, steht der deutsche Freisinn am Scheidewege. Gerade sein Einrücken in den Regierungsbund hat ihn vor die verhängnisvolle Alternative gestellt, entweder gleich dem Nationalliberalismus politisch völlig zu degenerieren oder aber nachdrücklicher als bisher seine liberalen und demokratischen Prinzipien zu vertreten. Wir haben ja kürzlich die taktischen Ratschläge wiedergegeben, die Herr Barth dem Freisinn erteilt. Statt durch angängliches Kompromißeln mit Regierung und Konservativen ein paar bescheidene Konzessionen von der Reaktion zu erweichen, solle der Freisinn mit rücksichtsloser Entschiedenheit für liberale und demokratische Forderungen, nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen, eintreten und durch geschickte Ausnutzung der zurzeit im Zentrum vorhandenen Oppositionsstimmung dem politischen Fortschritt die Gasse zu bahnen versuchen. Gelingen es, daß Zentrum mit fortzureißen, so ermöglichte die Situation die Durchführung energischer Wahlrechtsreformen. Verjage das Zentrum, so sei es wenigstens möglich, ihm das demokratische Mäntelchen von den Schultern zu reißen und es in seiner wirklichen reaktionären Mißgestalt an den Pranger zu stellen. Der entschiedene Liberalismus werde also in jedem Falle bei einer solchen Taktik gewinnen. Bescheide er sich dagegen mit der Rolle eines pfaffenweichigen nationalliberalisierenden Kompromißelns, so verleihe er damit auch den Rest seines liberalen und demokratischen Nimbus, so gehe er jeder Anziehungskraft auf die breiten Massen der fortschrittlich geachteten Bevölkerung verlustig.

So Herr Theodor Barth über die Schicksalswende des Freisinn. Wir haben die von Barth empfohlene Taktik als die vom prinzipiell liberalen Standpunkt aus einzig richtige durchaus anerkannt. Wir haben aber zugleich keinen Zweifel darüber gelassen, daß der deutsche Freisinn gleichwohl diese Taktik nicht einschlagen dürfte.

Die Tendenzen und Entwicklungsmöglichkeiten unseres Liberalismus dürfen ja nicht nach den schönen Prinzipien beurteilt werden, mit denen er so gern hauffieren geht. Man hat vielmehr zu untersuchen, ob diese Prinzipien, die einer längst verjährten Vergangenheit angehören, auch wirklich noch den politischen und sozialen Interessen derjenigen Schichten entsprechen, denen die politische Leitung des Freisinn zugewiesen ist.

Den Kern des deutschen Freisinn bilden Kapitalisten und Mittelständler. deren Interessen können wohl mit gewissen sozialen Interessen des Agrariertums stark kollidieren, nicht aber auch im gleichen Maße mit deren politischen Interessen. Die Hochschulzöllnererei kann von den Vertretern des mobilen Kapitals und dem freisinnigen Bürgertum schmerzhaft genug empfunden werden — gleichwohl aber kann auch dieser Kern von der freisinnigen Truppe sehr vorsichtig einem etwaigen Entscheidungskampfe mit dem Agrariertum aus dem Wege gehen und ihm den entlagen vollen Weg des Kompromißelns vorziehen, weil er sich durch andere stärkere Interessengebände mit der agrarischen Reaktion verbunden fühle. Ja, lägen die Dinge so, wie sie viele Jahrzehnte hindurch in England lagen und noch liegen: stelte der Sieg des parlamentarischen und demokratischen Systems der industriellen Kapitalistenklasse einen Sieg in Aussicht, den sie fruchtlos genießen könnte, so würde auch der deutsche Liberalismus entschiedener auftreten. In Deutschland aber hat die kapitalistische Klassenbewegung auch bereits in der kraftvollen, entscheidenden Klassenbewegung des Proletariats seinen Ausdruck gefunden. Ein Sieg des Parlamentarismus und der Demokratie würde im letzten Ende nicht dem Liberalismus, sondern dem sozialdemokratischen Proletariat zu gute kommen, und deshalb zieht es der deutsche Liberalismus vor, sich mit der agrarischen Reaktion selbst dann in die politische Klassenherrschaft zu teilen, wenn der weitaus größere Vorteil auf Seiten der junkerlich beherrschten Regierung, des Junkertums und der verjunkteten Bureaucratie liegt!

Das — sei es noch so würdelose — Kompromiß mit der Reaktion sichert der liberalen Bourgeoisie wenigstens die kapitalistische Ausbeutung der besitzlosen Klasse, die politische und ökonomische Niederhaltung des Proletariats, an der sie in ihrer Art nicht minder interessiert ist, wie das Agrariertum an der Knebelung und Ausbeutung der ländlichen Heloten. Es sichert ihr das möglichst langsame Tempo der Sozialreform, einen Schutz gegen allzu unbedingte gewerkschaftliche Forderungen des organisierten

Durch die Annahme dieser von einem fürsorglichen Parteivorstand präparierten „prinzipiellen“ Wünsche hat strandetes Schiff wieder flott machen soll. Diesem Optimismus entsprang auch sein Unternehmen, auf dem

„2. Delegiertenkongress des freisinnig vereinigten Wahlvereins der Liberalen“ den freisinnigen Kompromißpolitikern ins Gewissen zu reden. Er erlebte auch die Genußnahme, seine Ausführungen, die die naturwidrige konservativ-liberale Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen geißelten und wider seines ehemaligen, inzwischen treulos abgefallenen Kampfgenossen Naumann naive Illusionen polemisierten, mit „starkem Beifall“ belohnt zu sehen. Aber Herr Barth ist sicher selbst genug politischer Routinier, um zu wissen, wie solch platonischer Achtungserfolg zu bewerten ist. Wann hätte jemals das Anschlagens prinzipieller Töne beim Liberalismus verfaßt! Aber wenn Wilhelm „der Große“ einmal gesagt haben soll: „Heute jubeln sie (die Massen) mir zu und morgen wählen sie doch sozialdemokratisch“, so wird sich erst recht Herr Theodor Barth sagen, daß dieselben Leute, die ihm heute Beifall zollten, morgen doch den kompromittierenden Streikentönen der Herren Bachnick und Naumann folgen und mit den Oldenburg-Bannschau und Herdt zusammen für die Blockpolitik der beiden Bernhardt eintreten werden!

Der ganze Verlauf des Delegiertenkongresses wird das Herrn Barth beweisen. Herr Polthoff behandelte das Thema „Liberalismus und Beamte“ und entlockte dadurch Herrn Fischendörfer den Stoßseufzer, daß man doch recht bald auch einmal das Thema „Liberalismus und Arbeiter“ behandeln möge. Herr Naumann empfahl zwar in seinem Referat über „Die nächsten Aufgaben des Liberalismus“ die liberale Initiative auf dem Gebiete der Sozialreform, aber er begeisterte sich doch in erster Linie für die famose Welt- und Kolonialpolitik. Das „Plebiscit“ der Neuwahlen habe bewiesen, daß die jetzige Kolonialpolitik keine Politik Wilhelms II., sondern eine „allgemeine nationale“ geworden sei. Ein „Plebiscit“, dessen Stimmenmehrheit gegen die Kolonialpolitik ausgefallen ist! Und das trotz der schamlosen Wahlmanöver der Regierung, trotz der skandalösen Tätigkeit des Flottenvereins und der Liebert-Garde des Reichslügenverbandes!

Auch Herr Naumann meinte übrigens, daß die augenblickliche Situation des Liberalismus, d. h. seine Blockbrüderlichkeit, keine „Entwicklungs-situation“ sein werde. Der letzte große Kampf des Liberalismus werde unter allen Umständen gegen rechts gefochten werden. Ein Liberalismus, der in letzter Linie gegen links geführt werde, sei kein Liberalismus. Die schwierigste Probe des Liberalismus liege darin, daß er liberal bleibe. Immerhin sei zurzeit der aus der konservativ-liberalen Paarung zu erhaltende „Spertling in der Hand“ der „Lande auf dem Dache“ des prinzipiellen Liberalismus vorzuziehen! Eine famose Vorbereitung auf den letzten unausbleiblichen Entscheidungskampf gegen die Reaktion, diese liberale Spaltenjagd!

Das Ende vom Liede ist also der erneute Treueid zur Blockbrüderlichkeit! Als hübsche dekorative liberale Verbrämung dieser reaktionären Bourgeoispolitik gelangte dann zuguterletzt folgender Antrag des Parteivorstandes zur Annahme:

1. dafür Sorge zu tragen, daß die Frage des parlamentarischen Regiments in der agitatorischen und literarischen Tätigkeit der Partei mehr als in den letzten Jahren betont wird,

2. dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten Delegiertenkongresses setzen werde.

Die Reichstagsfraktion der freisinnigen Vereinigung wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Beratung des Antrages Abtag und Genossen betreffend den Abgrenzung der Wahlkreise und Sicherung des Wahlergebnisses (Nr. 13) der Drucksachen des Reichstages mit allen parlamentarischen Mitteln möglichst bald, in jedem Falle aber im Laufe der gegenwärtigen Session erzwungen wird.

Der Delegiertenkongress betrachtet es als die wichtigste Aufgabe der Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus, mit allen Kräften immer aufs neue auf die Erzielung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes durch das Reichstagswahlrecht hinzuwirken.

Die freisinnige Vereinigung im preußischen Abgeordnetenhaus wird ersucht, in Gemeinschaft mit den beiden anderen liberalen Fraktionen dahin zu wirken,

1. daß der gewerkschaftlichen, insbesondere der konjunktionsgenossenschaftlichen Arbeiterbewegung weder auf gesetzgeberischem (Umschlagener) noch auf verwaltungsmäßigem (Verbot des Beitritts für Staatsangestellte) Wege Hindernisse bereitet werden,

2. daß die staatsbürgerliche Freiheit der Arbeiter und Angestellten in staatlichen Betrieben keinen unzeitgemäßen und unberechtigten Beschränkungen unterworfen werde.

Durch die Annahme dieser von einem fürsorglichen Parteivorstand präparierten „prinzipiellen“ Wünsche hat der freisinnig-vereinigte Liberalismus also wieder einmal sein prinzipielles Gewissen salbiert!

Die 100 000 Arbeiter der Hirsch-Dunker'schen Organisations, die dem Freisinn aus politischer

Kurzschichtigkeit und kleinlicher Verärgerung noch immer nachhaken, dürfen sich also auch fernerhin ohne Gewissenskrampf um das „liberale“ Banner scharen, trotz der dem „Block“ geleisteten Vorkampfdienste des Protektors aller Streikbrecher und Selben, trotz des an Herrn Liebert gerichteten Silvesterbriefes des hohen Gönners des „verständigen“ Liberalismus, des „agrarischen Kanzlers“ Fürsten Billow!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**3 1/2 Milliarden sind glücklich überschritten!** Unsere Verschuldung wächst im Automobiltempo, obwohl jedes Jahr einen Strauß neuer Steuern bringt. Der Bericht der Reichsschulden-Kommission ist dem Reichstage kürzlich zugegangen. Danach betrug die verzinste Reichsschuld am Schlusse des Rechnungsjahres 1905 3543,5 Millionen, das sind gegen das Vorjahr „nur“ 340 Millionen Mark mehr. Diese Schulden bilden eine ungeheure Belastung der Armen zu Gunsten der Reichen. Denn die Verzinsung der Schuld kostet jährlich mehr als 110 Millionen Mark. Diese Zinsen müssen von den Armen durch indirekte Steuern aufgebracht werden und fließen in die Taschen der Reichen, die sich Staatsschuld-scheine kaufen können. Je mehr Schulden das Reich, um so mehr ziehen die Reichen dem Armen das Fell über die Ohren.

**Neue Steuern her!** Neue Steuern stehen vor der Tür. Die „Deutsche Tageszeitung“ rät zu einer Dividendensteuer. Sie meint, an Bier und Tabak werde man sich nicht heranwagen, von einem Ausbau der Erbschaftsteuer wollten die Mehrheitsparteien nichts wissen, in der Fahrkartensteuer habe man ein starkes Haar gefunden. Sie fährt fort:

„Sonach wird nichts übrig bleiben, als daß man sich entschließt, zu den Steuern seine Zuflucht zu nehmen, die von uns während der Beratung der Finanzreform und nachher wiederholt empfohlen worden sind. Dazu gehört in erster Linie neben der Wehrsteuer, die finanziell allerdings nicht besonders ins Gewicht fallen dürfte, die Dividendensteuer, deren Ertrag hinreichen würde, um die Mehrbedürfnisse des Reiches und der Einzelstaaten auf lange Zeit hinaus zu decken. Wenn wir den Gedanken einer solchen Steuer immer wieder erwähnten, so geschieht es hauptsächlich deshalb, um den leitenden Kreisen und der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich daran zu gewöhnen und damit vertraut zu machen. Man mag heute noch spotten und die Achseln zucken über diesen Vorschlag; daß wir daran schließlich nicht vorbeikommen, davon sind wir überzeugt.“

Die freisinnig-liberalen Paarungsbrüder von der Börse sollen fürchterlich entzückt sein über diesen Vorschlag.

**Immer etwas Neues, aber selten etwas Gutes!** Zur Zigarettensteuer hat der Bundesrat kürzlich beschlossen, daß die aus orientalischen und diesen gleichartigen Tabaken hergestellten zigarettenähnlichen Erzeugnisse der Zigarettensteuer auch dann unterliegen, wenn ihre Einlage aus geschnittenem Tabak mit einer Schnittbreite von mehr als zwei Millimeter besteht.

**Das Kolonialfieber** soll jetzt auch die Deutschen Frauen packen. Es soll ein deutsch-kolonialer Frauenbund, den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Gemahlin protegieren, im Werden begriffen sein. Es wird versichert, den Damen, die sich an die Spitze dieses Bundes stellen, habe auch der stellvertretende Kolonialdirektor volle Unterstützung zugesagt. Namentlich solle vom Bund dahin gewirkt werden, daß mehr deutsche Frauen als bisher in die Kolonien gehen. — Wie wärs, wenn die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg zunächst allein den Anfang mit der Auswanderung nach unseren Kolonien machen würde? Vielleicht würde ihr dann der Appetit vergehen, als Prolegé des zu gründenden Deutsch-Kolonialen Frauenbundes zu fungieren.

**Wie es in Deutsch-Südwestafrika aussieht,** das schildert ein aus Windhuk stammender Brief, der im Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft veröffentlicht wird. Es heißt darin:

„Mit dem Viehstande ist es recht gut bestellt. Aber außerordentlich betrübend sieht es mit Wasser und Weide aus. Zwar hatte die Regenzeit gut eingesetzt, und das Gras war gut aufgegangen, aber plötzlich erschienen ungeheure Mengen von Heuschrecken, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden waren und große Strecken sind wie mit einer Decke von der jungen Brut bedeckt, sodass die Weide vollständig vernichtet ist. Außerdem ist der Regen seit Wochen ausgeblieben, und die Regenzeit geht bald zu Ende. Wir müssen wohl auf ein schlimmes Jahr für die Farmwirtschaft gefaßt sein. Ebenso stark haben die Kleinfleischwägen gelitten. In Klein-Windhuk hat zuerst der Frost ein Drittel bis zur Hälfte der Weinernte vernichtet. Jetzt sind auch dort die Heuschrecken eingefallen, gegen deren Andrang wir ziemlich machtlos sind. Sie haben alle Kartoffeln und alles Gemüse verzehrt und zum Teil bis auf den Stumpf abgetrieben. Auch in Dsona ist die ganze Ernte dahin.“

Was kann es nützen, wenn es mit dem Vieh recht gut bestellt ist, wenn aber kein Futter dafür vorhanden ist. Man beachte, daß der Brief in einem Blatte abgedruckt wurde, das nicht in den Verdacht kommen kann, zu den „Kolonialbürgern“ zu zählen. — Und für ein solches Land haben die deutschen Steuerzahler bereits eine halbe Milliarde blechen müssen und sollen fortwährend noch mindestens 50 Millionen Mark verausgaben. Muß nicht schon dieser Umstand allein jeden vernünftig denkenden Menschen veranlassen, sich als Gegner einer Kolonialpolitik zu betrachten, die derartige Mißerfolge zeitigt?

**Der Hottentottenhäuptling Simon Kopper** ist bekanntlich entgegen seiner früheren Kapitulationserklärung wieder in die Kalahari abgerückt, ohne sich zu unterwerfen. Amlich wird über diese Angelegenheit noch die folgende Meldung aus Südwestafrika wiedergegeben:

Der Hottentottenhäuptling Simon Koppers nach Gochas wurde durch die Heranziehung entfernter und in der Kalahari weit zerstreuter Stämme, sowie durch das tiefe sandige Ländergelände und die Mitführung von Weibern und Kindern erheblich verlangsamt. Major Rieder, der diesen

March zunächst über wachte, wurde durch Mangel an Verpflegung und Wasser gezwungen, die Truppe schneller nach Gochas voranzusenden. Mit Batrouillen hielt er jedoch die Fühlung mit Simon Kopper aufrecht und hoffte hierdurch dem Kapitän, dessen Haltung bisher verächtlich erschien, das Sammeln seiner englischen und misstrauischen Leute zu erleichtern.“

Hierzu bemerkt die „Freis. Ztg.“:

Dieses Telegramm läßt noch vieles im Unklaren über die Gründe, die Simon Kopper zu einer erneuten feindseligen Haltung, von der in der Notiz überhaupt noch keine Rede ist, veranlaßt haben. Wie es scheint soll angedeutet werden, daß der beschleunigte March des Majors Rieder nach Gochas den Hottentottenführer aufsichtslos gemacht und ihm den Gedanken nahe gelegt hat, zu entweichen. Es steht aber beinahe so aus, als wenn die Regierung den Schluß des Telegrammes unterdrückt hätte.

Aber liebes Freisinnblatt, wie darf man so etwas von einer Regierung, der der Hottentottenblock „ewige Treue bis zum Grabe“ geschworen hat, schreiben! Das ist ja unerhört und wird sicherlich den Zorn der agrarisch-konservativen Presse erwecken. Und das ist für freisinnige Blockisten sehr gefährlich!

**Die Besteuerung des Bieres in Elsaß-Lothringen.** Dem Landesauschuß für Elsaß-Lothringen, der zurzeit noch die Osterferien genießt, ist von der Regierung ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine neue Regelung der Besteuerung des Bieres zum Zweck hat. Die heute maßgebenden Bestimmungen beruhen auf dem französischen Gesetz über die Finanzen vom 28. April 1816.

Der deutsche Handelstag trat gestern in Berlin zu einer Vollversammlung zusammen. Posadowsky redete in seiner Begrüßungsansprache einem Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Wort, ohne jedoch zu sagen, wie angesichts der Aussperrungsnot des Scharfmachertums die Bewirklichung dieses Gedankens möglich ist. Sodann wurde noch eine Erklärung beschlossen, in der der Reichskanzler ersucht wird, dahin zu wirken, daß unter möglicher Herabsetzung des Postos im inneren deutschen Verkehr — für Briefe auf 8, für Postkarten auf 4 Pfg. — Verträge geschlossen werden, nach denen zunächst im Verkehr zwischen Deutschland und den Nachbarländern die für den inneren Verkehr geltenden Postsätze Anwendung finden und diese Herabsetzung künftig innerhalb des gesamten Weltpostvereins eingeführt wird. Zum Börsengesetz wurde gefordert, daß das Börsenregister beseitigt und die Unterjagung des Börsenunternehmens in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen, sowie Getreide- und Mühlenfabrikaten wieder aufgehoben werde. In weiteren Resolutionen sprach sich der Handelstag sodann für die Haftung des Staates für den durch seine Beamten angerichteten Schaden, sowie — natürlich! — für eine zielbewusste und kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung unserer Kolonien aus. Leider ist hierbei nicht beschlossen worden, daß die kolonialbegeisterten Handelsherrn die Kosten für diese „Entwicklung“ selbst bezahlen wollen. Auf einem nach Schluß des Handeltages abgehaltenen Bankett bedankte sich Dernburg für die Kolonialbegeisterung des Handelstages und stellte — wer weiß, zum wievielten Male! — den Kolonien ein günstiges Prognostikon! Mit Beweisen hat er auch hier wieder nicht geblendet.

Die Haager Friedenskonferenz soll am 15. Juni eröffnet werden. Dann kann also die Komödie beginnen.

### Rußland.

Die Reichsduma beschloß mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, das Budget der Budgetkommission zu überweisen. Unsere Genossen und die Sozialrevolutionäre haben aus dem Grunde gegen die Überweisung gestimmt, um Protest zu erheben gegen die winzigen budgetären Rechte der Duma.

### Dänemark.

**Die Gemeindefortschritt.** Nach längerer Verhandlung in einer aus Mitgliedern des Folkething und Landsting zusammengesetzten Kommission über den Regierungsentwurf des Gesetzes betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen unter Anwendung der Proportionalwahlmethode für die Gemeindevvertretungen legten die Leiter der Regierungspartei sowie die Wortführer der gemäßigten Linken der Kommission einen Vorschlag zu einem Übereinkommen vor. Dieser Vorschlag kommt in einzelnen Punkten den Wünschen der Freikonservativen entgegen. So wird als Bedingung für Ausübung des Wahlrechts einjähriger Aufenthalt in der Kommune während des dem jeweiligen Steuerjahre vorausgehenden Jahres gefordert. Der Vorschlag sieht ferner bei größeren Steuererhöhungen ein Referendum an die Gemeindeglieder vor. Schließlich ist auch die Wahlmethode zu den Ämtern verändert, indem die größeren Ortsbesitzer, die bisher die Hälfte der Amtratsmitglieder wählen konnten, nur mehr ein Drittel der Plätze besetzen dürfen. Die freikonservative Partei, deren Zustimmung zu diesem Vorschlag für notwendig erachtet wird, hielt eine Sitzung zur Besprechung der Angelegenheit ab. Die endgültige Entscheidung wird vor der Sitzung der Reichstagskommission erwartet. — Es soll zugegeben werden, daß diese Vorschläge gegenüber dem alten Gemeindefortschritt manche Verbesserungen darstellen. Immerhin aber hat man auch hier wieder halbe statt ganze Arbeit geliefert.

**Zur den Achtstundentag.** Am Sonnabend mußte sich das Folkething wieder einmal mit dem sozialdemokratischen Vorschlag auf gesetzliche Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages befassen. Es war vor zehn Jahren, daß dieser Gesetzentwurf zum erstenmal zur Verhandlung kam. Gleichwohl zeigte sich das Folkething jetzt noch nicht reif, um ein solches Gesetz zu beschließen. Von den bürgerlichen Parteien war es nur der Wortführer der Radikalen, der seine Sympathie aussprach, und die Sozialdemokraten ersuchte, ihren Entwurf immer von neuem einzubringen, bis er eines Tages Gesetz werden müsse. Der Minister des Innern teilte mit, daß er zurzeit Untersuchungen über die Frage vornehme, aber

nach nicht versprechen könne, daß die Regierung selbst einen Gesetzentwurf einbringen werde. Der Entwurf unserer Parteigenossen wurde schließlich einem Ausschuß von 11 Mann überwiesen.

### Frankreich.

**Ein Armeeskandal.** Aus Bourges wird über einen großen Skandal berichtet: Es handelt sich um Bestechungen bei der Lieferung von Materialien für die Kriegsverwaltung. Ein Antrag auf gerichtliche Verfolgung des Deputierten Dufour ist bei der Kammer bereits eingebracht worden. 60 Lieferanten und Personen sind kompromittiert.

### Rumänien.

**Die Verhaftung der Matrosen des „Potemkin“.** Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird aus Budapest mitgeteilt: Die rumänischen Ordnungsmänner haben ein neues Opfer gefunden: die einstigen Matrosen des „Potemkin“, die hauptsächlich im Petroleumgebiet Arbeit gefunden haben. Keiner dieser im Exil lebenden Revolutionäre wurde irgendwo beim Agitieren oder Manifestverleiten betroffen. Trotzdem sind sämtliche Potemkinisten im Petroleumgebiet Campina-Bustenari verhaftet worden, ohne jede gesetzliche Grundlage. Mehrere Offiziere sprachen in einem öffentlichen Lokal über die Lage und äußerten ihre Freude über die Art, wie die Unruhen gestillt wurden. Im Ausland weiß man nur, daß in Rumänien jetzt alles ruhig ist, nicht aber, daß diese Ruhe durch Massenermorde an Bauern erzielt wurde und daß es noch jetzt, wo doch „Ruhe“ herrscht, genügt, einen Bauern zu denunzieren, daß er einmal eine Zeitung gelesen habe, damit er erschossen wird. Ein Potemkinist, der die Äußerungen der Offiziere hörte, entfernte sich und sagte offen seine Meinung über die Offiziere. Einer, der seine Worte hörte, hinterbrachte sie dem Hauptmann Condescu, Kommandanten der in Campina sich befindlichen Kompanie, und dieser rapportierte sie dem General Harju, Kommandanten der in dem betreffenden Bezirke dislozierten Truppen. Darauf befahl der General, sowohl die 43 in Campina als auch die 36 in Bustenari arbeitenden Potemkinisten zu arrestieren. Sie wurden von der Arbeit geholt, und ohne daß man ihnen Zeit gegeben hätte, sich zu waschen, wurden sie zum Bahnhof geführt und nach der Bezirkshauptstadt Ploesti transportiert. Auch in Bukarest wurden mehrere Potemkinisten verhaftet. Gegen keinen von ihnen hat man eine direkte Teilnahme an den Unruhen nachweisen können. Von der liberalen Regierung Sturdza ist zu erwarten, daß die Potemkinisten ausgewiesen oder gar an Rußland ausgeliefert werden. — Wie soeben gemeldet wird, wurden die verhafteten Matrosen als unschuldig entlassen; sie dürfen aber nicht mehr in den Dörfern bleiben.

### Vereinigte Staaten.

Eine „Friedenskonferenz“ wurde am Sonnabend im Staatsdepartement in Washington abgehalten. Es nahmen daran Vertreter der Vereinigten Staaten, Mexikos, Costaricas, San Salvadors und Guatemalas teil. Über den Verlauf der Konferenz erklärte Staatssekretär Root: die Konferenz sei zu der Ansicht gelangt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet sei, um durch gemeinsames Vorgehen den Feindseligkeiten in Mittelamerika ein Ende zu machen. Wenn dieses Resultat durch Vorstellungen der Vereinigten Staaten und Mexikos erzielt werden könnte, wolle man andere Mittel nicht zur Anwendung bringen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 10. April.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.

Trabemünde. Gesperrt für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Schrömann.

Die Maifeier, das Fest der Arbeit, ist den Unternehmern und ihren Betreibern von jeher ein Dorn im Auge gewesen und hat sie vielfach zu Maßregeln verleitet, die von ingrimmigem Haß und blinder Wut gegen die klassenbewußte Arbeitererschaft zeugen. Es kann uns deshalb nicht wundern, wenn auch die bürgerliche Presse nach Möglichkeit gegen die Maifeier zerrt. So bringt denn der „Landbote“ in seiner gestrigen Ausgabe einen Artikel aus einem Hirsch-Dumfrieschen Blatt, in dem die Maifeier zum Zerkeln gewarnt wird. Die Hirsch-Dumfrieschen Leute, die ja durch die Gründung der Streikbrecherorganisation in der hiesigen Holzindustrie eine über Lübecks Grenzen hinausgehende traurige Bekanntheit erlangt haben, sind gerade die Rechten, um der hiesigen anständigen Arbeitererschaft Ratsschläge zu geben. Die diesjährige Maifeier muß ganz besonders imponant werden, damit jeder Anschein vermieden wird, als ob sich Lübecks Arbeiter von irgend einer Seite irritieren lassen. Darum, rüffet zur Maifeier!

Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer! Im „General-Anzeiger“ sucht der Maurermeister Schrömann 6-8 Gesellen; da über das Geschäft dieses Herrn die Sperre verhängt ist, so ist es eure Pflicht, Euch danach zu richten und diese Firma zu meiden.

Zur Generalaussperrung der Schneider ist zu meiden, daß die allgemeine Situation sich nicht verändert hat, wenn auch in bürgerlichen Blättern vom heutigen Datum zu lesen ist, daß Friedensverhandlungen im Gange sind. Es ist auch für die Arbeitgeber höchste Zeit, Frieden zu schließen, da sie andernfalls ihre Arbeiter alle los werden, denn von den 111 Ausgesperrten haben 21 feste Arbeit und 27 vorübergehende Arbeit erhalten; 2 sind abgereist und nur ein Arbeitswilliger hat sich gefunden. Es bleiben mithin 4 ledige Kollegen und 56 verheiratete mit 92 Kindern zu unterhalten; ähntlich ist die Unterstützungslage überall. Unsere Hauptkassette ist daher in der Lage, den Angriff der Scharfmacher auf unsern Verband auf lange Zeit abzuwehren. Im übrigen sorgt schon die Solidarität der andern Gewerkschaften dafür, daß das frivole Verlangen, welches der Arbeitgeberverband an uns stellt, zu Schanden wird. Das laufende Publikum von Lübeck und Umgegend machen wir darauf aufmerksam, daß wir keinerlei Forderungen an unsere Arbeitgeber gestellt haben, sondern wir weigern uns hauptsächlich, einen Vertrag zu unterschreiben, nach welchem wir alle Arbeiten, selbst Streikarbeit, anfertigen sollen; dies kam uns kein anständiger Mensch verübeln, im Gegenteil, selbst unsere persönlichen Gegner müssen uns Beifall zollen.

Ein braver Parteigenosse, der Zimmermann Heinrich Bruchse, ist gestern morgen nach schwerem Leiden gestorben. Trübsal trat in der Öffentlichkeit weniger hervor, doch gehörte er zu den Genossen, die gerade die be-

Schwerliche Kleinarbeit auch unter dem schändlichen Ausnahmefall stets gern geleistet haben. Ihre feinem Andenken. Die Beerdigung findet am Freitag morgen 9 1/2 Uhr statt und werden die Parteigenossen ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 15. April 1907, im Bürgerchaftssaal des Rathhauses tagt, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Pfisterung der verkehrsreichen chausseierten Vorstadtkirchstraßen in Verbindung mit dem Verichte der am 8. Oktober 1896 gewählten Kommission zur Prüfung der Senatsvorlage, betreffend Pfisterung der verkehrsreichen chausseierten Vorstadtkirchstraßen vom 6. Dezember 1906. 2. Gewährung einer Staatsbeihilfe an das Theaterunternehmen des Direktors Biorowski für die Spielzeit 1907/1908. 3. Nachbewilligung auf Art. 8 der Ausgaben des Staatsvoranschlags für 1906 (Matrikularbeiträge). 4. Abfindung einer Nacht und Landwerb zwischen der Cronsförder Allee und der Genierstraße seitens der Allgemeinen Armenanstalt. 5. Verkauf eines Areals südlich der Genierstraße an die Firma Smidth u. Co. in Kopenhagen. 6. Erwerb von Ländereien des von Hertoghe Armenhauses in Dornwerf und Austausch von Ländereien mit demselben am Dorfweg dafelbst. 7. Bewilligung einer Altersunterstützung an den Holzvoigt Humberg zu Schattin. 8. Bau einer Kapelle auf dem Dornwerfer Kirchhofe in Verbindung mit dem Verichte der am 11. Juni 1906 gewählten Kommission zur Prüfung der Senatsvorlage, betreffend Bau einer Kapelle auf dem Dornwerfer Kirchhofe und des von Dr. Wichmann gestellten Antrages auf Errichtung eines Krematoriums vom 5. Februar 1907. 9. Nachtrag zum Gesetz vom 29. April 1903 über die Rechtsverhältnisse der Beamten. 10. Verstärkung der für die Unterhaltung der Gebäude und Anlagen, sowie der für Pöhlne, Wäsche, Arznei- und Verbandmittel bei der Feueranstalt im Rechnungsjahr 1906 eingestellten Mittel. 11. Nachbewilligung auf die Kosten der Beschaffung und Auswechslung von Elektrizitätsmessern im Rechnungsjahr 1906. 12. Ausbau des elektrischen Kabelnetzes im östlichen Teile der inneren Stadt. 13. Verohrung der Überführung der Meierstraße u. m. d. a. 14. Etat der Verwaltungskosten des Hauptkolonates für das Rechnungsjahr 1907. 15. Errichtung von drei neuen Oberlehrerstellen an der Realschule i. G. zu Dören 1908. 16. Besprechung des Senatsdekrets, betreffend Herstellung einer Entwässerung in der Größestraße, Kabenstraße und dem Grünen Weg. 17. Nochmalige Beratung des Antrages von Dr. Wittern: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, eine Revision der Gehalte der Gerichtsvollzieher in Erwägung zu ziehen. 18. Antrag von Thiele: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Berücksichtigung der verteuerten Lebensunterhaltung den Tagelohn der in Staats- und Stadtbetrieben beschäftigten Arbeiter entsprechend zu erhöhen. 19. Antrag von H. G. N. Bape: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage entgegen zu bringen, wonach denjenigen Bürgern, welche das Bürgerrecht mit 28 Mk. erworben haben, das Wahlrecht in Abteilung I bezw. II eingeräumt werde. 20. Antrag von Lautenhein: Die Bürgerschaft wolle beschließen, daß den ländlichen Vertretern für den Besuch der Abendkungen der Bürgerschaft die dadurch entstandenen Unkosten mit 8 Mk. für jede Sitzung vergütet werden. 21. Antrag von Wiffel: 1. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldigst eine Vorlage entgegenzubringen, nach der 1. eine Anstalt für Tuberkulose und Lungenerkrankte, 2. eine Waldholzungshütte errichtet wird, um dadurch den an diesen Leiden Erkrankten möglichst Hilfe zu bringen und der weiteren Ausbreitung der Krankheit Einhalt zu tun. 2a. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen, die 1. eine Fürsorgeanstalt für Mütter und Säuglinge, 2. die Errichtung von Milchküchen zur Bereitung von Säuglingsmilch, 3. Stipendien an Mütter und Hebammen vorzieht, um dadurch der großen Säuglingssterblichkeit vorzubeugen, b. eventuell: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, mit ihr in gemeinsamer Kommission über Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu beraten.

**Kontrollversammlungen.** Am Donnerstag, den 11. April 1907, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahrestlassen 1900 und 1901. Am Donnerstag, den 11. April 1907, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahrestlassen 1902, 1903, 1904, 1905 und 1906 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Spezialwaffen.

**Handelsregister.** Am 6. April 1907 ist bei der Aktiengesellschaft in Firma Aktien-Bierbrauerei Lübeck in Lübeck eingetragen: Der Braumeister M. Baumann in Lübeck ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seiner Stelle das Aufsichtsratsmitglied Kaufmann A. H. O. Gfölsch in Lübeck zum stellvertretenden Mitgliede des Vorstandes auf die Dauer von 6 Monaten ernannt.

**Beamten-Erholungs-Heim in Westerau.** Das von der Westerauer Stiftung gebaute Beamten-Erholungsheim soll am 1. Juni eröffnet werden. Das im Willenskil erbaute Heim ist in waldreicher Umgebung errichtet. Es bietet in seiner hohen und doch gegen Einwinde geschützten Lage besonders reine Luft und ländliche Ruhe. Die Lübeckischen Beamten und Beamtinnen - für letztere wird das Heim im Monat Juli freigehalten - können in dem Heim zu günstigen Bedingungen Aufnahme von 1-4 Wochen finden. Der Pensionärpreis beträgt nur 1,50 Mk. pro Tag. Die Baukosten belaufen sich auf rund 50000 Mk. Bei dem billigen Pensionärpreis dürfte allerdings auch mit einem namhaften Zuschuß aus den Mitteln der Westerauer Stiftung zu rechnen sein.

Heute morgen starb nach kurzen, schweren Leiden mein treuer Mann und meiner Kinder lieber Vater, der Zimmermann  
**Heinrich Bruhse.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, morgens 9 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Hundestraße 20, aus statt.  
Lübeck, 9. April 1907.  
Helene Bruhse nebst Kinder.  
**Zentralverband der Zimmerer und verm. Berufsgeu. Deutschlands.**  
(Zahlstelle Lübeck.)  
Nachruf.  
Am 9. April starb unser langjähriges Mitglied  
**Heinrich Bruhse.**  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Freitag, 12. April vormittags 9 1/2 Uhr, vom Sterbehause, Hundestraße 20, statt.  
Abmarsch präzise 9 1/4 Uhr vom Vereinshaus, Johannisstraße 46/52.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat März ein:** Einkommensteuer 27 197,80 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichs-Erbschaftsteuer 7 539,22 Mk., Veräußerungsabgabe 43 580,66 Mk., Stempelabgaben 8 816,60 Mk., Schiffsabgaben 21 248,27 Mk., zusammen 113 381,95 Mk. gegen 229 519,90 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; die Mindereinnahme betrug somit 116 137,95 Mk. Vom 1. April 1906 bis Ende März 1907 gingen insgesamt 3 726 428,84 Mk. ein; das sind 29 574,05 Mk. weniger als im Vorjahre, welches 3 756 002 Mark erbrachte.

**Aus dem Gerichtssaal.** Zu je 30 Mk. Geldstrafe wurden gestern vom Schöffengericht ein Bortier, eine Ehefrau und eine Witwe von hier wegen Betruges verurteilt, weil sie die Lübecker Straßenbahn benutzten, ohne den üblichen Nickel zu zahlen. Möge dies anderen zur Warnung dienen. - Der Kaufmann St., ehemaliger Angestellter, jetziger Inhaber des „Antasso“ und Detektivbureau „Stella“ hier selbst, hat eine Frau dadurch zur Zahlung einer Forderung, die nicht als ganz richtig anerkannt wurde, zu zwingen versucht, daß er sagte, er werde sie (die Frau) in allen Zeitungen öffentlich kennzeichnen, sobald die Leute mit Fingern auf sie zeigen würden, wenn sie ihm das Geld nicht gebe. Wegen Mötigungsversuch lautete das Urteil auf 100 Mk. Geldstrafe. - Zwei Wochen Gefängnis erhielt der Knecht St. aus Schattin wegen Körperverletzung. Der Angeklagte hat den Kuhfütterer J. nach einem Streit auf die Hausdielen geworfen und mit den Händen bearbeitet. - Wegen Betruges wurde der häufig vorbestrafte Gärtner Sch. zu 6 Wochen Haft und Überweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt.

**Ältern, warnt eure Kinder!** Die Fälle, daß Kinder auf der Straße verunglücken, indem sie unter die Wagen der Straßenbahn geraten, oder unter Fuhrwerke, sind leider sehr häufig. Zwar werden bei großstädtischem Verkehr solche Unglücksfälle sich immer wieder ereignen, aber sie können auf ein Minimum reduziert werden, wenn die Ältern es sich angelegen sein lassen, ihre Kinder eindringlich vor den Gefahren der Straße zu warnen. Daß diese eigentlich selbstverständliche Pflicht nicht immer oder nur mangelhaft von den vielen Eltern betätigt wird, kann gar nicht betritten werden. So manches Kind muß die Nachlässigkeit seiner Eltern mit dem Leben oder mit einer Verkrüppelung büßen. Würde jede Mutter und jeder Vater es sich zur streng zu erfüllenden Aufgabe machen, den Kindern die Gefahren der Straße recht oft in Erinnerung zu rufen, belehrend und warnend zu wirken; die Jugend würde nicht so viele Beispiele ungezogener Unachtsamkeit bieten. Die oft gehörte Ausrede: „Es sind halt Kinder, da müssen alle Ermahnungen nichts, wenn sie dem Bereich der Augen entrickt sind!“ ist eine ebenso falsche wie faule Ausrede; die schließlich nur die Leichtsinngigkeit so mancher Eltern illustriert. So hart das auch klingen mag; es ist Wahrheit. Im Interesse der Kinder sowohl wie der Eltern muß die Forderung erhoben werden: Ältern, warnt eure Kinder!

**h. Ein bedauerlicher Unglücksfall** ereignete sich Dienstag abend 7 Uhr beim Burgort. Von der Israelsdorfer Allee h. r. raste in der langsam bekannten Schnelligkeit über die Burgortbrücke ein Motorweiradfabriker der Großen Burgstraße zu. Kurz vor dem Tore, dem von der entgegengesetzten Seite ein Wagen nahte, fuhr der Radfahrer mit aller Wucht gegen einen Laternenpfahl; der bedauernswerte Mann, Kaufmann Rankau aus der Karpfenstraße, hier selbst, schlug mit großer Gewalt rückwärts zu Boden, wo er bewußtlos liegen blieb. Von herbeigeeilten Arbeitern wurde der Unglückliche in den gegenüberliegenden Hausflur getragen, und auf eine bereitwillig von den Wohnern herbeigeholte Matratze gelegt. Der sofort herbeigerufene Herr Dr. Ziehl legte den ersten Notverband an, worauf der Verunglückte mittels Krankenwagen in seine Wohnung gebracht wurde. Die Wucht, mit welcher das Rad gegen die Laterne fuhr, konnte man daran erkennen, wenn man sah, daß der obere Teil der Laterne, der an zwei Eisenstäben befestigte Glashelm, wie ein Strohhalm umgeknickt und entzweigebrochen wurde. Das Rad wurde stark beschädigt.

**Am Sanitatheater** sind volle Häuser jetzt üblich, seitdem das dort gastierende Olympia-Theater einen hervorragenden Gegenstand des Interesses bildet. Die originellen und eigenartigen Aufführungen bieten aber auch außerhalb des Theaters eine unerlässliche Quelle der Unterhaltung. Leider können hier nur noch einige Vorstellungen stattfinden, da das Unternehmen nach Stockholm übersiedeln muß.

**ph. Briefmarkendieb.** In einem hiesigen größeren Speditionsgeschäfte machte sich ein Kommiss des Diebstahls bezw. der Unterschlagung von Briefmarken im Werte von etwa 66 Mk. schuldig. Er wurde festgenommen.

**ph. Entwendete Grabsteinplatte.** Am 2. Osterfeiertage zwischen 11 1/2 Uhr vormittags und 1 1/2 Uhr nachmittags ist von einem Grabe auf dem hiesigen Allgemeinen Gottesacker eine Glasplatte mit der Aufschrift: „Hier ruhet in Gott! Johann Ehlers, geboren am 9. Juni 1852, gest. am 3. Januar 1903“ abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Aber der Inhaberschrift war ein Kreuz mit einer Palme und die Worte: „Auf Wiedersehen“ eingraviert.

**ph. Falsches Geld.** In der Zeit vom 25. März bis 1. April d. J. sind auf der hiesigen Lokal- und Straßenbahn vier falsche 2-Mk.-Stücke mit dem Bildnis Kaiser Wilhelm I. und zwei 1-Mk.-Stücke, sowie eine ganze Anzahl gefälschter 10-Pfg.-Stücke in Zahlung gegeben. Die falschen Geldstücke sind sehr gut nachgemacht, und daher zur Täuschung außerordentlich gut geeignet.

**ph. Eittenverbrechen.** Ermittelt und festgenommen wurde in Travemünde ein Maurergehülfe, der sich auf öffentlicher Landstraße eines Verbrechen nach § 176,3 des Strafgesetzbuches schuldig machte.

**ph. Festgenommen** wurde ein vielfach vorbestrafter Arbeiter wegen eines zum Nachteil seines Arbeitgebers begangenen Diebstahls.

**Hamburg.** Verhandlungen zwischen Hafenbetriebsverein und Hafenarbeiterverband. Zwischen dem Vertreter des Hafenbetriebsvereins und dem Vorstande des Hafenarbeiterverbandes fand am Dienstag Nachmittag eine Besprechung über die Differenzpunkte statt, deren Ergebnis in der am Mittwoch Nachmittag stattfindenden Versammlung der ausgesperrten Schauerleute mitgeteilt werden wird. Die vom Gewerbegericht angebotene Vermittlung ist von Seiten der Reeder zurückgewiesen worden. - Die Situation im Hafen. Die Zahl der Schiffe im Hamburger Hafen ist wiederum gestiegen. Wir hatten gestern 285 Dampfer und 60 Segelschiffe. Obgleich ständig Tag und Nacht von den etwa 4000 Arbeitern und der Schiffsmannschaft gearbeitet wird, nimmt die Zahl der Schiffe ständig zu. Die Kaufmannschaft ist in der größten Verlegenheit und macht alle Anstrengungen, die alten Schauerleute wieder an die Arbeit zu bringen. Ein Geschäft machen bei dieser Ausperrung einige Stauer, die sonst pro Ton berechneten, jetzt aber im Tagelohn arbeiten lassen. Es gibt gegenwärtig Stauer im Hafen, die bis zu 400 Mann beschäftigen; der Stauer erhält pro Koof M. 6 und bezahlt an Arbeitslohn M. 5, er hat also einen Verdienst von M. 1 pro Mann, macht bei 400 Mann M. 400 reiner Verdienst.

**Altona.** Das Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen den Maurergehülfe Joh. Herm. Berg aus Rehde wegen Ermordung seiner eigenen Frau. Berg ist angeklagt, am 1. November 1906 seine Ehefrau geb. Krüger vorzüglich und mit Ueberlegung getötet zu haben, indem er sie mit einer Art erschlug. Berg ist seit dem 9. Oktober 1883 verheiratet und hat 10 Kinder, von denen noch 5 am Leben sind. Aus der Verhandlung ergibt sich, daß der Angeklagte, nachdem er erst einige Jahre verheiratet war, bereits mit seiner Frau in Unfrieden gelebt: Berg hat seine Frau 7 bis 8 Mal mit dem Tode bedroht und hat sie mit einer Art resp. mit einem Hammer verfolgt. Der Angeklagte glaubt Grund zur Furcht gehabt zu haben, er ist der Ansicht, daß seine Frau ihn hintergangen hat. Die Verhandlungen wurden zum größten Teil wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die Sachverständigen hatten den Angeklagten nicht völlig verantwortlich für seine Tat. Das Verdict der Geschworenen lautete auf schuldig der vorsätzlichen Tötung ohne Ueberlegung mit Zuhilfenahme mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis und Einziehung des Weils; der Gerichtshof erkannte antagsgemäß und auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

**Udesloe.** Großen Schmerz empfinden die hiesigen Ordnungsmänner darüber, daß die hiesigen Arbeiter vernünftig genug sind, diejenigen Wirte, die ihnen ihre Lokale nicht zu Versammlungszwecken hergeben wollen, auch sonst nicht zu besuchen. Der „Nationale Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Volksinteressen gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ - ein großartiger Titel! - schlägt über diese „Vergewaltigung der Wirte“ natürlich großen Värm, obwohl es doch gerade die Wirte sind, welche den Arbeitern das verweigern, was sie dem Bürgerum gewähren, nämlich die Benutzung ihrer Lokale zu Versammlungszwecken. Wir möchten unsere Leser, die nach Udesloe kommen, wiederholt darauf aufmerksam machen, daß es folgende Wirtschaften sind, welche angeklarte Arbeiter so lange zu meiden haben, bis die Wirte vernünftig geworden sind: „Harmonie“, „Zwölf“, „Stadt Lübeck“, sowie das Schmalzfelder Lokal.

**Neumünster.** Selbstmord eines Soldaten. Gestern morgen erschoss sich in der Nähe des Patronenhauses der Musketier-Regiments Nr. 103 mit einem Dienstgewehr und scharfer Patrone. Das Motiv der Tat ist angeblich in militärischen Dingen zu suchen.

**Flensburg.** Wegen Mordes ist am 8. Februar vom Schwurgericht Flensburg der Dienstknecht Heinrich Mafß zum Tode verurteilt worden. Er hatte dagegen Revision eingelegt und rügte, daß er bei der Bildung der Geschworenenbank nicht genügend zu Worte gekommen sei, ferner, daß einzelne Zeugen, nachdem sie bereits einmal vernommen worden waren, wieder ins Zeugenzimmer geschickt worden sind. Das Reichsgericht hielt beide Rügen für unbegründet und erkannte auf Verweisung der Revision.

**Köln.** Zum Malerstreik ist zu berichten, daß insgesamt 132 Gehilfen die Arbeit niedergelagt haben. Davon sind 37 verheiratet mit 49 Kindern und 5 Ledige. Abgereist sind aber bis jetzt bereits 28. Sieben Unternehmer haben die Forderungen bewilligt und ist die Stimmung unter den Ausständigen eine sehr zufriedentliche.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Karl Vogelt: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Erdling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

**Sozialdemokratischer Verein.**  
Am Dienstag starb unser Mitglied  
**Heinrich Bruhse.**  
Die Beerdigung findet am Freitag morgen 9 1/2 Uhr vom Trauerhause, Hundestraße 20, aus statt.  
Die Genossen werden ersucht, sich zur Teilnahme an der Beerdigung im Vereinshaus einzufinden. Abmarsch von dort: 9 1/4 Uhr.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich  
A. Proena und Frau  
Elsa, geb. Aben.  
Für Hausstandsstunden 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte.  
Waisenhofstraße 25.

**Gesangverein „Eintracht“**  
Nachruf.  
Nach kurzer schwerer Krankheit starb am Dienstag unser langjähriges Mitglied, früherer Kassierer und Festleiter, der Zimmermann  
**Heinrich Bruhse.**  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Freitag morgens 9 1/2 Uhr vom Sterbehause, Hundestr. 20, statt. Abmarsch um 9 Uhr vom Vereinshaus. Probe der Gesangs-Abteilung 8 1/4 Uhr im Vereinshaus.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
Für die uns anlässlich unserer Hochzeit so überaus zahlreich bewiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlich  
G. Münster und Frau,  
geb. Weger.  
Ein freundliches Logis für ein oder zwei Mann zu vermieten  
Lüganstraße 20.

Unserm Freund und Klubmitglied **Wilhelm Schlemminger** zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch.

**Junggefellens-Klub.**  
Gehilfen und Maler-Arbeitsbursche  
sucht **C. Dabalstein, Maler,**  
Friedenstraße 70.

Gesucht zum 1. Mai  
**ein Knecht**

von 16 bis 18 Jahren.  
**J. Hamann, Adlerstraße 33 b.**

**Starker Kinderwagen**, passend f. Händler,  
billig zu verkaufen  
Adlerstraße 46, II.

Billig zu verkaufen 15 Zigarrenformen  
und Presse. Näheres  
Mitterstraße 10, abends nach 6 Uhr.

Ein moderner, heller Kinderwagen ist  
billig zu verkaufen.  
Weißhofstraße 6, I.

Ein Portemonnaie mit Inhalt in der vor.  
Woche gefunden.

Näheres **Bereinshaus, Johannisstraße 46-52.**

Empfehle mich einem geehrten Publikum  
zu allen in meinem Fache vorkommenden  
Arbeiten.

Um gütiges Wohlwollen bitten  
**W. Arnold, Schuhmacher,**

Baulstraße 15.

**Der Verkauf von Schuhwaren**

**Beckergrube 50, im Flügel,**

findet noch eine kurze Zeit statt und zwar ist  
noch auf Lager:

Ein Posten Kinder Jutte-Kantoffel	10 Pf.
Ein Posten Damen Jutte-Kantoffel	20 "
Ein Posten Herren Jutte-Kantoffel	30 "
Ein Posten Damen echt Chevreau	8.50 M.
Ein Posten Herren Schnürstiefel	
nur noch die Nr. 40, 41, 46 u. 47, Box	7.75 "
Ein Posten Herren-Schnürstiefel	
Wischleder	5.50 "
Ein Posten Herren-Arbeitschube	
zum Schnüren	4.75 "
Ein Posten Herren-Schnürschube	
Wischleder	3.45 "
Ein Posten Damen Spangenschube	2.75 "
Ein Posten Damen-Knopfschube und	
Stiefel, Knochleder	3.50 "
Ein Posten Kinder Hauschube	1.70 "
Ein Posten Damen Schür und	
Knopfschube mit Packblatt	3. -- "
Ein Posten schwarze und braune	
Kinderstiefel	1.30 "
und vieles nicht genannte mehr.	

### Allen voran

in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind  
die **Arbeitsgarderoben** aus  
Lübeck's ältestem Spezialgeschäft von  
**Louis Levy** Ecke Marlesgrube  
gest. Lederhosen 2.10 3.50 4.50 6. 7.50  
braune 2.20 3.50 4.50 10  
blaue Knochhosen 1.95 2.50 3.50 6.50  
Maurerhosen 2.50 3.75 4.50 8.50  
Wandarbeiterhosen 3.50 4.50 5.75 10  
Zwischenhosen 1.50 2.20 3. 4.50

**Spezialität: Hamburger Schmitt-**  
hosen f. Maurer, Schlosser, Zimmer

Sämtliche Bandweiten in Dosen vor-  
rätig! Kleinen Dosen und Packen  
1.10 bis 2.50 M. Braun und weiß ge-  
streifte Kragen und Lein. Hemden, Maler-  
Dackel und Böden von 1.90 M. an.  
Maler Mittel von 2.90 M. an.  
**Rote Rabattmarken!**

### Carl Folkers

**Möbel-Magazin**

**25 Marlesgrube 25.**

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Bei Barzahlung Rabatt.

Teilzahlung gestattet.

Gebe rote Lübecka-Marken.

**Empfehlungs-Karten**

liefert prompt und sauber  
die **Wäscherei des Lübeck's Volksboten.**

Prima Schweinefleisch 55 Pf.

Pr. gefochte Wetzweist 60 Pf.

Prima Leberwurst 60 Pf.

**M. Lahrtz,**

Wurstfabrik,  
Böttcherstrasse 16.

# Nur noch kurze Zeit!

danert mein

## Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe meines Geschäfts.

Alle Waren, selbst **Reste**, mit  
**25% Rabatt.**

# Wilh. Bartelt

Manufakturwaren

Königsstrasse 73, Ecke Huxstrasse.

▣ Arbeiter-Garderoben. ▣

**Feinste lange Kanarische Kartoffeln**

Delikate Matjesheringe Stück 15 und 20 Pfg.

**Ia. Salzgurken.**

**Ia. Marmelade ohne Syrup in 5 Pfund-Eimer,**  
per Eimer 130 Pfennig.

**T. Buhrmann, Holstenstraße 23.**

Lubeca-Marken.

**St. Lorenz-Beerdigungs-Institut**  
von **Georg Behnck, Warendorpstr. 4.**



Übernahme  
ganzer

Beerdigungen.

Transport von

u. n. Auswärts.

Kränze und

Grabkreuze.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

**Zentral-Verband d. Steinarbeiter**

Filiale Lübeck.

Einladung zur

# Fahnenweihe

am Sonntag, den 14. April 1907

im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52,  
verbunden mit Festrede und Ball.

Kaffeeöffnung 4 1/2 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., dafür Garderobe.  
Das Komitee.

Familienfeierlicher bleibt mein Geschäft  
am Freitag, d. 12. d. M., geschlossen.  
**J. Meins, Wlandorpstr. 3.**

Familienfeierlicher bleibt mein Geschäft  
morgen Donnerstag v. 4 Uhr an geschlossen.  
**Aug. Riecken,**  
Zigarrenfabrikant.

Blumentöpfe in allen Größen von 3 Pf.  
bis 60 Pf., empfiehlt  
**Hans Pichelmann, Friedenstr. 78**

Spar-Klub "So bi litten".  
General-Versammlung  
am Donnerstag, den 11. April 1907,  
abends 8 1/2 Uhr, Huxstraße 94.

**Oeffentliche**

# Kartell-

# Versammlung

am Donnerstag, 11. April,

abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

**Tages-Ordnung:**

1. Tagesbericht.

2. Neuwahl der Kartell-Kommission und  
der Aufsichtskommission des Arbeiter-  
sekretariats.

3. Festsetzung des Datums für das Gewerk-  
schaftsfest.

4. Eingänge und Mitteilungen.

Bölgähriges Erscheinen der Delegierten ist  
erwünscht.

Die Kartellkommission.

# Versammlung

der weiblichen Mitglieder  
des Sozialdemokratischen Vereins  
am Donnerstag, 11. April,

abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52

Um zahlreiches Erscheinen bitten  
Die Vereinenperson.

**Gesang-Verein**

**„Einigkeit“**

(St. Gertrud).

# Versammlung

am Donnerstag, 11. April,

abends 8 1/2 Uhr  
im Tiergarten, Arnimstraße 51.  
Der Vorstand.

Sonntag Letzte 2 Abschiedsvorl.  
4 Uhr | Nachm. keine Preise. | 8 Uhr  
**Im Hansa-Theater**



Frequenz der ersten 8 Tage:  
15 473 Personen.

Kolossaler Erfolg des eigenartigen  
Repertoires

vom Anfang bis zum Ende.

Seit 8 Uhr: Grandiose Vorstellung.  
mit vielen Novitäten.

## Die Verhandlungsfrage.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ hatte vor einiger Zeit den ganz vernünftigen Vorschlag gemacht, die Arbeitgeber sollten ihren bisherigen Widerstand gegen direkte Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen bei Streiks und sonstigen Differenzen aufgeben und den Versuch machen, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Damit fand sie aber bei den Oberschichtmachern, die da meinen, ihrem Herrndünkel etwas zu vergeben, wenn sie die Organisationen der Arbeiter als gleichberechtigt anerkennen, keine Gegenliebe. Man hat sich später aber weiter mit der Verhandlungsfrage befaßt und der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat jetzt, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ verkündet, „einen sehr beachtenswerten Schritt zur Sicherung des Arbeitsfriedens getan“, indem er über die Art der Verhandlung mit ausländischen Arbeitern eine feste Norm aufgestellt hat, nach welcher sich die Bezirksverbände des Gesamtverbandes bei den Verhandlungen zu richten haben. Diese Norm lautet:

a) Arbeiterschaften, welche im Auslande sind, oder in den Auslande treten wollen, ist, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, anheimzugeben, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll sieben Personen von jeder Seite in der Regel nicht überschreiten.

b) Wo frei gewählte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollte nicht mehr als ein Vertreter auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.

c) Auf keinen Fall soll der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln. Auch die Verhandlungen von Organisation zu Organisation sind zu vermeiden, damit die in a vorgezeichnete Verhandlungsform zu allgemeiner Einführung gelangen kann.

d) Bei etwaiger Gesamtausscheidung hätten die den bereits in Tätigkeit gewesenenen Verhandlungskommissionen angehörenden Arbeitnehmer eine Kommission von 7 Personen zu ernennen, welche mit einer vom Ausschuss des Gesamtverbandes zu wählenden Kommission von 7 Personen zu verhandeln hätte. Die der Kommission angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter brauchen an dem Streite, welcher zur Gesamtausscheidung geführt hat, nicht sämtlich direkt beteiligt zu sein.

e) Wenn unter Mitwirkung dritter Vermittlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung der Vereinbarungen nicht dem Dritten zu überlassen.

Zur Begründung dieser „Norm“ führt die „Arbeitgeber-Zeitung“ aus:

„Das Verlangen der Arbeiterorganisationen, daß die Fabrikleitungen nicht mit ihren eigenen Arbeitern, sondern mit den Arbeiterorganisationen verhandeln sollen, lehnt der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in unterschiedener Weise ab, und zwar hat er das, wie wir vermuten, aus der praktischen Erwägung heraus, daß die deutschen Arbeiter doch nur zum Teil organisiert sind und daß die organisierten Arbeiter wiederum sozialdemokratischen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und anderen Korporationen angehören. Diese Vielfältigkeit muß es aber so gut wie unmöglich machen, eine einheitliche Regelung in Sachen der Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen aufzustellen. In dieser Tatsache scheiterten denn auch alle Bemühungen derer, die grundsätzlich für die Verhandlung von Organisation zu Organisation eingetreten sind. Um nun trotzdem zu einer einheitlichen Verhandlungsform zu gelangen, will der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller als die

wirklich zweckentsprechenden Verhandlungs-Körperschaften frei gewählte Kommissionen aus beiden Lagern aufgestellt wissen, denen er das Recht gewährt, auf jeder Seite einen Berater hinzuzuziehen. Die Mitglieder des Gesamtverbandes werden hinfür in keine Verhandlung ohne Hinzuziehung eines ihrer Geschäftsführer eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Arbeitgeber in den einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht derart bewandert sind, um ohne sachmännischen Beistand mit den Arbeitern verhandeln zu können. Schon aus paritätischen Rücksichten erscheint es angesichts dessen geboten, auch der Gegenseite eine sachmännische Beratung zuzugestehen. Dieses Zugeständnis ist als ein wesentlicher Fortschritt zu begrüßen, weil gerade die Frage der Hinzuziehung eines Beraters vielfach den Kernpunkt der Arbeitskämpfe bildete. Als derartige Berater werden natürlich durchweg die Arbeiterssekretäre und Gewerkschaftsbeamten figurieren. Hierüber dürfte sich der Gesamtverband wohl kaum einer Täuschung hingeben. Wenn er sich mit dieser Tatsache trotzdem abgefunden hat, so wird das darauf zurückzuführen sein, daß er den beiderseitigen Beratern eine einwandfreie, legitime Position beimessen will. Die Berater wälten ihres Amtes nicht nur als Vertreter ihrer Organisation, sondern auch als Vertrauensmänner der beiderseitigen freigewählten Kommissionen; und da nicht eine bestimmte Art von Organisation ein und für alle Mal als zuständige Verhandlungsinstanz festgelegt wird, sondern den jeweilig freigewählten Kommissionen das Recht zusteht, zu ihrem Sachwalter den Vertreter gerade der Organisation zu wählen, die ihnen paßt, so wird auf der Seite der Arbeiter das eine Mal ein Beamter der freien Gewerkschaften und das andere Mal ein solcher der christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Verbände erscheinen, je nachdem die betreffende Kommission in ihrer Majorität der einen oder der anderen Organisation zugehört. Die beschriebene Verhandlungsform dürfte unserer Vermutung nach vorzugsweise den Befall der Schwächeren, d. h. also der auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen finden, weil diesen daraus die Möglichkeit erwächst, ihrerseits hinfür mehr Geltung zu erlangen, als es bisher gemeinsam der Fall war; denn sie werden eben in der Lage sein, bei der Auswahl der Berater mit den stärkeren Organisationen zu alternieren. Wir hoffen indessen, daß auch die anderen Gewerkschaften, sowie vor allem die breitere Öffentlichkeit in dem Vorgehen des Gesamtverbandes den ersten Willen erkennen werden, einen Weg zu finden, den zu betreten für beide Parteien möglich ist, da er ihren berechtigten Interessen Rechnung trägt.“

Die Begründung, daß die Vielfältigkeit der bei den Verhandlungen eventuell in Betracht kommenden Korporationen eine einheitliche Regelung der Differenzen so gut wie unmöglich mache, ist zu dürftig, um als stichhaltig anerkannt werden zu können. Man will eben die Arbeiterorganisationen nicht als gleichberechtigt anerkennen. Im übrigen hat ja die Form der Verhandlungen bei Lohnstreitigkeiten bei den Arbeitern noch nie eine entscheidende Rolle gespielt; ihnen ist es immer nur um die Hauptsache zu tun, um die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen. So lange diese von den Scharfmachern geistlich ignoriert werden, kann auch die schönste und beste Verhandlungsform nicht viel zur Sicherung des Arbeitsfriedens beitragen.

## Soziales und Parteileben.

Die bausewerblichen Hilfsarbeiter halten gegenwärtig ihren 9. Verbandstag in Hamburg ab. Derselbe nahm Sonntag keinen Anfang. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgelegt:

1. a) Bericht des Verbandsvorstandes und der Revisoren.
- b) Bericht des Ausschusses.
- c) Bericht der Redaktion und der Pressekommision.
2. Bericht vom Gewerkschaftskongress zu Köln 1905 und Wahl der Delegierten zum nächsten Kongress.
3. Allgemeiner Internationaler Arbeiter-Kongress im Jahre 1907.
4. Unterstützungsvereinigungen im Verbandsverband.
5. Beratung der Anträge zum Statut.
6. Beratung der übrigen Anträge, welche noch nicht erledigt sind.
7. Gehaltsfrage und Wahlen.

Der Verbandsvorsitzende Behrendt ergänzt sodann den Vorstandsbericht. Redner sprach sich für den weiteren Ausbau des Systems der Kartellverträge aus. Lange erstattete den Massenbericht. Böttcher-Verein den Bericht des Ausschusses, Töpfer den der Redaktion und Kruse den der Pressekommision. Letztere hat sich anlässlich der Erörterung des „Vorwärts“-Konfliktes im Jahrbuch auf den Standpunkt der Redaktion gestellt. Die Diskussion über die Berichte war eine sehr rege. Mehrere Redner traten für den Ausbau der Kartellverträge, andere für eine Verschmelzung mit den Maurern und Zimmerern ein. An der Debatte beteiligte sich auch der als Gast anwesende Genosse Bömelburg, der die Auffassung vertrat, daß die gelehrten Arbeiter unter den Zementarbeitern zum Maurerverband gehören. Weiter wies Redner darauf hin, daß es unfruchtbar sei, jetzt die Kartellverträge zu beseitigen. Die Verschmelzung werde zweifellos kommen, heute sei aber der Zeitpunkt noch verfrüht. Nachdem noch ein Redner gesprochen hatte, trat Verhandlung auf Dienstag ein.

In den Tod getrieben. Bei der Weltfirma Seidel u. Naumann in Dresden, wo am Sonnabend 2000 Arbeiter wegen fortgesetzter Drangsalierung in den Streik getreten sind, war bis August v. J. ein Lackerer Scheinert in Stellung, der seit seinem 14. Jahre an 30 Jahre lang bei der Firma beschäftigt war und dort seine Kräfte gelassen hatte. Glend und schwach mußte er sich im September v. J. krank melden. Als der 17. Jahre alte Mann nach sechswochiger Krankheit sich wieder bei der Firma zur Arbeit meldete, wurde ihm erklärt: „Ihr Platz ist besetzt.“ Es ist nur zu leicht begreiflich, daß der Mann, der auf diese Weise auf die Straße geworfen wurde, nachdem er 30 Jahre lang seine Kräfte im Dienste der Firma verbracht hatte, durch diese talblühige Mittelung zur Verzweiflung getrieben wurde. Ohne ein Wort zu sagen, drehte er sich nach dieser unheimlichen Ermüdung um, ging hin und erhängte sich.

Der empörende Vorfall erbitterte die Arbeiter der Firma Seidel und Naumann aufs äußerste. In einer Versammlung sollte gegen das Verfahren der Firma Protest eingelegt werden. Die Einladung dazu enthielt auch in fettem Druck folgende Anlage:

Dreißig Jahre lang bei Seidel u. Naumann gearbeitet und in den Tod getrieben, das ist das neueste Ergebnis der Unternehmerbrutalität.

Durch diese Worte fühlte sich die Firma beleidigt und sie lancierte Klage an gegen den Genossen Beinkämper, der als Verleger auf den Zettel angegeben war und den Genossen Kluge als Drucker. Die Staatsanwaltschaft fand sich auch bereit, die Sache im öffentlichen Interesse zu führen, während sich die Firma als Nebenklägerin dem Verfahren anschloß.

In der Verhandlung mühten die Vertreter der Firma, insbesondere der Lackermeister Schulte zugeben, daß die Entlassung des Scheinert nach sechswochiger Krankheit in der geachteten Weise erfolgt war und der auf diese Weise zur Verzweiflung getriebene deshalb in den Tod gegangen sei. Es wurde ferner durch eine erhebliche Anzahl Zeugen festgestellt, daß die Firma in letzter Zeit, namentlich seitdem der Direktor Schröder dort das Regiment hat, besonders arganturierte Arbeiter auf diese Weise nach längerer oder kürzerer

## Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Mies von Melchior Meyr.

12. Fortsetzung.

Unser Bursche gehörte vermöge seiner Größe, seiner Stärke und seines besondern Wesens noch immer zu den ausgezeichnetsten Persönlichkeiten des Dorfs. Vergleichen in eigentümlichen Situationen zu sehen, ist interessant, besonders wenn man hoffen kann, daß die Schadenfreude ihre Rechnung dabei findet. Wie nun einer in die Stube kam und sagte, der „Schwobamichel“ tanze mit des Maurers Gret, da verfügte sich schnell noch etliche zu den auf dem Tanzboden schon befindlichen Zuschauern — begierig der Dinge, die da kommen sollten.

Der Gang im Reigen war vollendet, das Tanzen begann. Die Gret wußte sehr gut, welcher Aufgabe sie sich unterzogen hatte, und war nun darauf bedacht, alle Kraft und Geschicklichkeit anzuwenden, um das Wagnis gut hinzuzuführen. Den Tänzer festhaltend, leitete und drehte sie ihn, so viel sie konnte. Daß ihre Arbeit nicht gering war, merkte sie freilich bald. Micheln wohnte nur eine sehr schwache Ahnung vom Takte bei und zu gleicher Zeit wirkte in ihm eine gewisse Zentrifugalkraft, die ihn immer der Wand zutrieb, so daß ihn die Güte nur mit Mühe im Reigen halten konnte. Trotz alledem — es ging. Die Kunst und die Liebe des Mädchens triumphierten, und sie war sich dessen nach Beendigung des Reigens mit Freude bewußt.

Micheln war sehr vergnügt. Jeder Spur von Furcht entledigt blickte er frisch umher — er begriß gar nicht, wie er diese Lumperei für so schwer hatte halten können! „Stich, es geht?“ rief die Gret, indem sie ihn freundlich ansah; und er erwiderte allerdings: „Ja freilich, wamma! so a Dänzere hot!“ — aber er war doch überzeugt, daß er's konnte, und sein Gesicht schrieb einen guten Teil des Erfolgs auf seine Rechnung.

In dieser Stimmung wollte er's das zweite Mal noch besser machen. Er wollte sich Mühe geben und alle die Kraft und Stärke anwenden, die er in seinen Gliedern fühlte; denn das erste Mal hatte er eigentlich nur gespielt! — Er arbeitete nun wie an einer Schanze und machte Bewegun-

gen, als ob er Zentnersteine vom Boden lupfen wollte. — Der Gret wurde es saurer als das erste Mal, ihn im Gleise zu erhalten, und die Schadenfreude, die aus den Ecken lugte, fand eine reichere Ausbeute. Man lächelte sich an und zuckte die Achseln. „Descht a Mannsbild!“ rief eine Bäuerin mit gedämpfter Stimme einem Nachbar zu — „der macht wider an'n Arbet (Arbeit)!“ Und der andere verlegte: „Er schafft, als ob er mit 'm Danza' sei' Brot verdiena müßt! Gommer (gehen wir) a bißle z'ruck, daß 'r es (uns) net doat (tot) tritt!“

Der Bursche merkte davon nichts. In dem Bewußtsein der Mühe, die er sich gegeben, meinte er seine Sache vorzüglich gemacht zu haben. Er lächelte mit Stolz und erlachte in dem satirischen Zuschmunzeln einiger Kameraden nichts als den verdienten Beifall. Da die Gret diesmal schwies, um auszuschnaufen, so sagte er selbst zu ihr: „s got doch besser, als e' g'moet hab'!“ — Die Gret dachte in ihrem Herzen: „daß Gott erbarm'!“ — behielt aber diese Meinung wohlweislich für sich und erwiderte: „Wrom soll's net ganga? Was ander' Leut' können, wäara' mer doch oh können?“

Wenn hätte sie ihn gebeten, sich dessen ungeachtet etwas weniger anzustrengen, die Sache sich leichter zu machen; aber sie wußte, daß er nicht in der Stimmung war, diesen Rat gut aufzunehmen — und für den Moment wär's ohnehin zu spät gewesen. In dem Vergnügen, das ihn belebte, in der Kühnheit, die sein Herz rasch empormachend erfüllte, hatte er ein Lied begonnen. Ein anderer war ihm zuvor gekommen; aber dieser, ein kleiner Kerl, schwieg auf der Stelle, als er die Stimme des Gewaltigen vernahm, und Micheln sang das seine zu Ende, mehr kräftig als schön, aber für seinen Zweck immer passbarer. Dann nahm er die Gret bei der Hand, strampfte, daß der Boden erzitterte, „jucke“, daß seine Nachbarn an die Ohren langten, faßte die Tänzerin und drehte sich mit ihr, „was host, was geist“ — (was hast du, was gibst du, so schnell usw. als möglich). — Und besser ging's als das letzte Mal — nach seiner Meinung. Die Betätigung des Kraftüberschusses, der in ihm wogte — die Freude, die Herzallerliebste herumzudrehen und es zu können — durchgoß ihn mit einem Wohlgefühl wie er es nie empfunden. Herrlich war's und prächtig ging's — bei weitem besser, als er sich's zugetraut hätte! —

Jedenfalls hatte die Gret dafür gesorgt, daß er einmal die Wand, an die er stieß, nicht einstieß und dann ein Paar, das vor ihm den gewöhnlichen Bauernschritt einhielt, nicht über den Haufen tanzte.

Die Heiterkeit der Zuschauer war bei dieser neuen Leistung nicht geringer geworden. Ein sonnenbrannter Alter nickte ihm seine Anerkennung mit gemüthlichem Jaungelicht zu und rief: „Kreuzschwert, Micheln! du bist ja der erst' Dänzer em ganz' Land!“ — Micheln, in der Freude seines Herzens, entgegnete: „Net wahr, des hättet 'r m'r net zuatran!“ — „Wäre net“, verlegte der Alte. „So ebbes mueß ma' seha', wamma's globa' soll!“ — Die gute Gret begann es zu reuen, daß sie den Geliebten auf eine Bahn gelenkt hatte, wo er so schlechte Ehre gewann. Aber viele leicht schlug er nun selber eine andere ein, wo er Ausflucht hatte, besser zu bestehen. Schon hatte die ungewohnte Anstrengung seine Augenlider in Bewegung gesetzt und der Schweiß rann ihm von der Stirn. Vielleicht hörte er auf, nahm sie in die Stube — setzte sich zu ihr — und es eignete sich, was ihr alle Mühen und Leiden tausendfach vergütete.

Fürs erste ging diese Hoffnung nicht in Erfüllung. Micheln tanzte aufs neue; und der Umstand, daß es wieder ohne Unglück abließ, steigerte seine Lust und Sicherheit. Sein Hintermann, ein begüterter junger Bauer, klopfte ihn auf die Schulter und rief: „Aber Micheln, sag' m'r doch, wo host denn d's Danza' so g'learnt?“ — „Was woest ih,“ erwiderte der Bursche mit stolzem Behagen — „auf oemal got's halt! — Aber Sapperment,“ setzte er, die Augen sich wischend, hinzu, „doh stobbt's (staut's) ja, daß ma' kamm (kaum) sei' Dänzere sticht! — ond des ist doppelt schab' wamma' so a schdana' hot, wie'nih! — Ge Mäde!“ — Er schaute sich nach dem Wirtsmädchen um, die den Stuhl mit Wasser zu löschen pflegt; und da er sie nicht gleich erspähte, schrie er aus Leibeskräften und jede Silbe breit ausdehnend: „Mädele! Auf da' Dazbodah! Sprechah!“ — Unter allgemeiner Heiterkeit erschien die Herbeigerufene, ein schnippisches Ding von sechzehn Jahren, mit einem Korb Wasser, und die Tanzenden traten auf die Seite. „So, rief Micheln ihr zu, „spreh (sprich, spreng) wor rechah! Dr Deusel mag doh danza!“ — Das Mädchen sah ihn von der Seite an, murmelte was von einem „Deleschlag“, laute





Weise Sklaven.

Von A. W. L. a. u. s. a. Aus dem Rumänischen.

1. Bei der Arbeit.

Es ist unverständlich, wie auf der Erde die Arbeit noch... Die Leute arbeiten schweißend, mechanisch...

Schnecker, Schneider, Jelena! weilt der Direktor... Das ist eine Milch im Schoß! Bald wird's dunkel...

Das ist ein großer Tag! Die Arbeiter, gleich... Die Erde ist groß und herrlich, kein Weibchen in der...

Das ist ein großer Tag! Die Arbeiter, gleich... Die Erde ist groß und herrlich, kein Weibchen in der...

Das ist ein großer Tag! Die Arbeiter, gleich... Die Erde ist groß und herrlich, kein Weibchen in der...

also wenig mehr als eine Vollmondbreite... vom Saturn weit. Am 21. hat sich aber Merkur...

Der Mensch.

Günstigen und geschätzten... Vom Weibe wunderbar... Man's und nicht und hört...

Humoristisches.

Sparium: Frau: Mann, schnell, hol den Arzt... Schupparke: Chef: So, das chinesische... Wie konservativ sterben... Announce: Entlaufen weißer Fadel... Unter Kavaliere: Wären Sie imstande... Zu den Eifer: Man erzählt sich, Herr Doktor... Willis Jertum: Kamille Mäler erhält den Besuch einer...

Einer der sonderbarsten Fälle... der durch seine Lebensführung vermutlich überhaupt eine... ganz einzigartige Stellung unter allen Genossen...

Nervöse Sprechstörungen.

Es wird viel zu wenig gewürdigt, daß die meisten... Sprechstörungen, wie Stottern, Stammeln, krampfartige... Stimmlosigkeit auf Nervosität beruhen. Sollen also diese...

Eine Planetenverfinstlung.

In den frühen Morgenstunden der nächsten und auch... der folgenden Tage, etwa gegen 4 1/2 Uhr, gewährt der st...

Die "Welt" lächelt spöttisch, wobei zwei Reihen weißer... und beginnt zu lächeln: "Ach, mach!... Bringt sie...

2. Die Abrechnung.

Befürmter und Jorgewoll geht Jwan nach dem Herren... noch einmal fragen, noch einmal bitten, er möge ihm gnädig...

